

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 115 SONNTAG, 25. August 1935

Aus dem Inhalt:

Die SAI und Abessinien
Kastration als Strafe
Die Gewalt in der Politik
Schipperkrankheit

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Wer regiert in Deutschland?

Schwere innere Kämpfe des Systems

Es herrscht Katastrophenstimmung in Deutschland. Man spricht von einem unmittelbar bevorstehenden 30. Juni, von ernstem Sprengstendenzen im System, von einem neuen, auf Leben und Tod geführten geheimen Kampf um die Vorherrschaft unter den das System tragenden Kräften. Die Ereignisse der letzten Tage geben dieser Stimmung neue Nahrung. Aufs neue erhebt sich die Frage: Wer regiert, wer wird morgen regieren?

Zunächst die Ereignisse. Eine neue wilde Terrorwelle geht durch Deutschland, eine Generalverfolgung gegen alle wirklichen Feinde des Systems von heute und gegen alle möglichen Feinde von morgen. Angesichts dieses neuen Tobsuchtsanfalls ist die Frage aufgeworfen worden: Was sagt die Reichswehr dazu? Die Antwort auf diese Frage war vorauszu sehen: Nichts! Eine Rede Hitlers in Rosenheim, die eine Fanfare für die neue Terrorwelle darstellte, und der bekannte Grußriß Blombergs für die Offiziere der Reichswehr unterstrich vielmehr das Bündnis zwischen der Reichswehr und Hitler. Darüber hinaus ging noch ein Aufsatz des Chefs des Wehrmachtsamts im Reichskriegsministerium, des Generalmajors von Reichenau über den nationalsozialistischen Charakter der Reichswehr. Er enthielt in schärfster Form die Anschauung der servilen Hitlerclique in der Reichswehr, wie sie der Propagandamajor Foertsch schon öfter dargestellt hat: Die Wehrmacht ist ein nationalsozialistisches Heer. Aber schon tags darauf erfolgte wieder ein anderer Ruck: Der Oberbefehlshaber des Heeres, General von Fritsch, schickte Reichenau und Foertsch aus dem Kriegministerium zur Truppe und erließ dazu mit deutlicher Spitze gegen Reichenaus Publikation eine Begründung, in der es heißt, daß Offiziere keiner politischen Partei angehören dürfen. Der berüchtigte Streicher hat eine neue Programmwelle gegen die Juden organisiert, bei der man über dem Zweck der Ablenkung von der Krise im System nicht den ausgesprochen korruptiven Raubcharakter übersehen darf. Man wollte von vergeblichen Protesten Schachts wissen, bis plötzlich Schacht in Königsberg eine außerordentlich scharfe Rede gegen diesen wilden Progromfeldzug hielt, in der er zugleich gegen den »Völkischen Beobachter« und die offenen Inflationisten zu Felde zog. Zur gleichen Zeit hielt Rosenberg in Heiligenstadt eine Rede andersherum, und die Göbbelsche Pressezensur erlaubte nur den Abdruck eines zensurierten Auszugs der Schachtrede. Es heißt, daß Schacht eine große Zwangsleihe vorbereite — aber der »Völkische Beobachter« vertritt demgegenüber die Theorie, daß Geld Drück sei und daß die Politik Geld machen könne, während die »Frankfurter Zeitung« wieder 18 bis 19 Milliarden Mark neue Reichsschulden und davon rund 9 Milliarden kurzfristige Schulden seit Hitlers Machtergreifung eingestekt und vor der Höhe der kurzfristigen Verschuldung Sorge bekundet.

Wer regiert? Wer bestimmt den Kurs, und wenn es eine sichtbare Kraft gibt, die den Kurs bestimmt, wie sieht er aus?

Die Antwort darauf lautet: Es gibt keinen einheitlichen Kurs, es geht alles drunter und drüber! Es gibt nur eins, was das System zusammenhält: Die Furcht aller Beteiligten vor der Katastrophe und

der nachfolgenden Abrechnung. Schacht hat in Königsberg das Wort geprägt: Wir sitzen alle in einem Boot. Er meinte es wirtschaftlich — aber es gilt noch viel stärker politisch. Dies System ist ein Konglomerat von Kräften und Interessen, in dem nicht nur objektive Tendenzen die Krämpfe der Politik beeinflussen, sondern auch persönliche Kämpfe und Interessen. Es zerfällt wie kein anderes in Gruppen und Cliquen, und bricht ein Stein heraus, so stürzt alles ein. Darauf beruht die Machtstellung der persönlichen Träger des Systems gegeneinander, die Hitlers, Schachts und Blombergs. Hitler kann von den beiden ändern nicht los, aber die beiden ändern auch nicht von ihm. Wer den Versuch machen wollte, würde dann irgendwie im luftleeren Raum hängen.

Außer dieser gegenseitigen Abhängigkeit treibt sie alle gemeinsam noch eine andere Kraft: Die deutsche Kriegsrüstung. Darauf beruht die politische Ideologie des Systems, wie seine wirtschaftliche Existenz. Die gesamte deutsche Wirtschaft ist zur Kriegswirtschaft gemacht worden. Daran hängen die Reichsfinanzen und die Banken, wie die gesamte Schwerindustrie. Dieser Zusammenhang stellt gegenüber den Krämpfen und Zuckungen des Systems das unerbittlich schreitende Schicksal dar. Allmählich aber sicher zerstört es die deutsche Wirtschaft wie die finanzielle Basis des Systems. Es gibt für alle Beteiligten kein Zurück — weder für Hitler, noch für Blomberg, noch für Schacht. Wollten sie zurück, so würden sie sich zunächst auf allen Gebieten den verheerenden Wirkungen einer echten Demobilisierungskrise gegenübersehen, in deren Wogen die gesamte Herrlichkeit des Systems versinken würde. Der Kitt, der das System zusammenhält, würde noch aus den Fugen herausgeschwemmt werden.

Deshalb gibt es keinen Endsieg einer Gruppe über die andere im System. Hinter der Erwartung, daß die Reichswehr Schluß machen werde mit den wilden Männern, oder daß Schacht die Streicherclique auf die Knie zwingen werde, steht immer noch die illusionäre Hoffnung auf

eine Normalisierung des Systems, auf eine Humanisierung der Barbarei, ein Verschließen der Augen vor der Schrecklichkeit des Weges und seines Endes, auf den Deutschland durch das Hitlersystem gestoßen worden ist.

Für das System gibt es nur einen Weg, den Weg in die Katastrophe, und nur ein Ende, das katastrophale Ende. Man fühlt in Deutschland wie außerhalb Deutschlands, daß das System mit schicksalhafter Gewalt einer Katastrophe entgegentreibt. Niemand vermag vorauszusagen, wie sie aussehen, und wann sie eintreten wird, aber ein Schluß drängt sich mit unerbittlicher Logik auf: Wenn das System eine Demobilisierungskrise nicht wagen darf, bleibt ihm nur der Weg in den Krieg, und offen bleibt nur die Frage, ob ein wirtschaftlicher Zusammenbruch noch vor dem Kriegsausbruch das Schlimmste abwendet. Die Einzelereignisse sind Symptome dieser Entwicklung. Weder die Stöße der wilden Männer, noch die Schachtclique, noch die Generäle können das Gesetz brechen, das das System vorwärts treibt.

Während so die Unerbittlichkeit des Weges in die Katastrophe immer sichtbar wird, organisiert Hitler seinen Nürnberger Parteitag und nennt ihn »Parteitag der Freiheit«.

Schacht redet — Streicher handelt

Die »Frankfurter Zeitung« berichtet:

In allen Vororten Hannovers sind große Tafeln aufgestellt worden, auf denen zu lesen ist, daß jeder Volksgenosse die Pflicht habe, sich den Juden fernzuhalten und den Umgang mit ihnen zu meiden.

In Wismar wurde in Anwesenheit von Parteiformationen die feierliche Einweihung eines Prangerkastens vorgenommen. Nach einer Ansprache des Kreisbildungsleiters Schöler, in der das Treiben der Volksfeinde gekennzeichnet wurde, verlas ein SA-Führer die Namen solcher Personen, die in jüdischen Geschäften gekauft hatten. Die erste Liste dieser Personen wurde im Prangerkasten aufgehängt.

In Stralsund hat sich den Gastwirten,

die sich durch Plakatausgang den Besuch von Juden verboten haben, auch eine Reihe von Friseurern angeschlossen.

In Weimar hat der Betriebsführer eines Lichtspieltheaters den Juden den Zutritt zu den Vorstellungen verboten.

Die Wirtschaftsgemeinschaft des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbezugsvereins in Putbus hat beschlossen, in Zukunft keine Juden mehr zu bewirten und zu beherbergen.

In der Stadt Schlüchtern (Hessen-Nassau) sind an den arischen Geschäften Plakate angebracht worden, die Juden den Zutritt verbieten. Jüdische Geschäfte und Privathäuser sind durch gelbe Zettel mit der Aufschrift »Jude« kenntlich gemacht.

Bisher konnten nichtarische Firmen in den Kölner Verkehrsvereinen aufgenommen werden. Man ging dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß die Nutznießer der Werbetätigkeit der Stadt und des Verkehrsvereins auch die jüdischen Geschäfte seien, und daß sie sich deshalb an der Aufbringung der Werbemittel grundsätzlich zu beteiligen hätten. In der Vorstandssitzung des Kölner Verkehrsvereins wurde darauf hingewiesen, daß die Plakette des Vereins, die man allen Mitgliedern und somit auch den nichtarischen Firmen zugestanden habe, von diesen zur Tarnung für ihre Geschäfte benutzt worden sei. Der Verkehrsverein beschloß deshalb, die jüdischen Mitglieder — es handelt sich um 102 Firmen — aus der Organisation auszuschließen.

Unmenschlicher als der Mob!

Die Führer Deutschlands im Lichte des Auslands.

Streichers Auftreten in Berlin veranlaßt den »Manchester Guardian« zu folgenden Betrachtungen:

»Es ist offensichtlich, daß der Antisemitismus in Deutschland nicht volkstümlich ist. Er ist kein Produkt der Gesinnung der Massen, nicht einmal des Mob;

der Mob Deutschlands ist menschlicher, als es seine gegenwärtigen Führer sind. Die Judenhetze ist »von oben« organisiert und die höchsten Staatsautoritäten sind für sie verantwortlich...«

Wenn die offizielle Aufreizung weiter geht, so schließt das große liberale Blatt Englands, seine Betrachtungen, so seien neue Pogrome gewiß.

Gegen die Hitlerbarbarei

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat zu der neuen Terrorwelle im Dritten Reich einstimmig folgende Protestresolution beschlossen:

»Die Sozialistische Arbeiter-Internationale brandmarkt aufs neue das barbarische Unterdrückungssystem, das im Dritten Reich Millionen Menschen Verfolgungen aussetzt, deren Grausamkeit an die finstersten Perioden des Mittelalters erinnert.

Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten, Demokraten, Republikaner, werden nach wie vor in den Konzentrationslagern mißhandelt oder sogar mitschuldig ermordet, wie der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Husmann oder ohne jeden regulären Prozeß ohne Verteidigung zum Tod verurteilt wie der Kommunist Kayser.

Unter Berufung auf eine Rassenlehre, welche die gesamte Menschheit, wenn sie sich vor ihr beugte, zum ewigen Krieg verdammt, sehen sich über eine Million von Männern, Frauen, Greisen und Jugendlichen, nur weil sie jüdischer Herkunft sind, aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßen, der Grundrechte auf Arbeit und Gleichheit beraubt, die

jedem menschlichen Wesen unverbrüchlich zustehen.

Katholiken und Protestanten werden um ihres Glaubens willen ins Gefängnis geworfen.

Gegen diesen Sturz in die Barbarei dürfen die Völker nie aufhören, ihren leidenschaftlichsten Protest zu erhöhen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale wendet sich an alle, die nicht durch ihr Still-schweigen mitschuldig werden wollen an den Verbrechen, die das Hitlerregime tagtäglich an Tausenden seiner eigenen Landsleute verübt. Die Diktatoren in Berlin müssen wissen, daß das menschliche Gewissen ihnen nicht verzeiht.«

Es brennt in Berlin

Ein erheblicher Teil der Funkausstellung in Berlin, die nichts anderes als eine Veranstaltung der Göbbels-Propaganda darstellt, ist abgebrannt. Der Brand hat seine Merkwürdigkeiten: wie kam es, daß zugleich mit dem Brandausbruch in einer Halle der Boden des mindestens 50 m höher liegenden Funkturnrestaurants in Brand geriet?

Man untersucht jetzt, ob Brandstiftung vorgelegen hat. Wird man uns morgen er-

zählen, daß der Brand von Juden, Marxisten oder Katholiken gelegt worden sei, — oder wird man uns einen neuen van der Lubbe vorführen. Braucht Göbbels einen Funkturnbrand, so wie Göring seinen Reichstagsbrand brauchte?

Neue Opfer des Justizterrors

Neues Urteil gegen Hamburger Sozialdemokraten.

In dem Riesenprozeß gegen Hamburger Sozialdemokraten wurde gegen eine weitere Gruppe verhandelt. Auch diesen Angeklagten wurden dieselben Delikte zum Vorwurf gemacht, wie in den früheren Prozessen.

Die Angeklagten wurden zu folgenden Strafen verurteilt:

Franz Wendt, 2 Jahre Gefängnis; V. Hacht, 1½ Jahre Gefängnis; Bartels, 1 Jahr 4 Monate Gefängnis; Bendt und Mürs je 1 Jahr Gefängnis; Schmidt, Rosengart, Beckler, Behrens, Kelle, Weidendorff, Dau und Hildebrand, je 6 Monate Gefängnis; Wendt, 4 Monate Gefängnis.

Ehrlich gemeint?

Ein Beitrag zur Frage der Einheitsfront.

Die Kommunisten haben sich bemüht, mit den offiziellen Reden auf dem siebenten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Nachweis zu erbringen, daß es sich bei ihrer jüngsten Einheitsoffensive um kein taktisches Manöver, sondern um ein von der gegenwärtigen Weltlage diktiertes ganz ehrliches Streben handele.

Es ist nur billig, daß wir dazu den Leitartikel aus dem Heft 13 der Zeitschrift »Die Kommunistische Internationale«, die das Organ des Exekutivkomitees ist, zitieren, der offenbar, da er ohne Namensnennung erscheint, einen führenden Kommunisten der Internationale zum Verfasser hat. Dieses Heft ist, da die Zeitschrift stets mit mehrwöchentlichem Verapfaktung erscheint, erst nach dem Beginn des Weltkongresses in die Hände der Leser gekommen, obwohl es den 5. Juli als Erscheinungsdatum trägt.

Der Artikel betitelt sich: »Am Vorabend des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale«. Es wird in ihm der Versuch unternommen, die seit dem sechsten Weltkongreß veränderte Weltlage und die daraus für die Arbeiterklasse erwachsenden Aufgaben aufzuzeigen. Das geschieht ganz in der bekannten Art, auch der alte Schmähjargon gegen die Sozialdemokratie fehlt nicht, so daß man meinen möchte, der Artikel sei nicht unmittelbar vor dem siebenten Weltkongreß, sondern bereits vor mehreren Jahren geschrieben worden. Da steht:

»Die Hoffnungen der Bourgeoisie und die von ihrer Agentur — der Sozialdemokratie — aufgestellten Perspektiven wurden durch das Leben unbarmherzig zunichte gemacht.«

Darauf werden eine Reihe von »revolutionären Prozessen« in aller Welt und das »Ansteigen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse in den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise« festgestellt. Warum es dennoch nicht zur Revolution kam?

»Rückblickend können wir jedoch sagen, daß es infolge der verräterischen Rolle der Sozialdemokratie, die die Aufgabe, den »Kapitalismus zu heilen«, übernahm, infolge des Einflusses, den die reformistischen Gewerkschaften auf die Arbeiter besaßen, den Reformisten gelang, die Arbeiterklasse in der Zeit der schärfsten Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise von jenen Kämpfen abzuhalten, deren Auslösung möglich und notwendig war.«

Dennoch übte die Errichtung der faschistischen Diktatur auf die Arbeiter in Deutschland und in anderen Ländern einen »revolutionären Einfluß« aus.

»Und wenn der heldenmütige bewaffnete Kampf des spanischen sowie des österreichischen Proletariats nicht zum Ziele führte, so deshalb, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse im Augenblick der Kämpfe noch der Sozialdemokratie Gefolgschaft leistete.«

Die Erfahrung Oesterreichs und Spaniens zeigte den Arbeitern aller Länder, daß es ohne einen entschiedenen Bruch nicht nur mit der rechten, sondern auch mit der »linken« Sozialdemokratie, ohne Zusammenschluß der Arbeiterklasse unter der Führung der kommunistischen Partei keinen Sieg über die Bourgeoisie geben kann.«

Um die Notwendigkeit des Bruches mit der Sozialdemokratie und die Anerkennung der Führung der kommunistischen Partei durch die Arbeiter zu unterstreichen, wird die Rede Stalins auf dem Parteitag der russischen Bolschewisten zitiert:

»In diesem Zusammenhang muß man den Sieg des Faschismus in Deutschland nicht nur als Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und Ergebnis des Verrates an der Arbeiterklasse betrachten, den die Sozialdemokratie, die dem Faschismus die Wege ebnete, verübt hat.«

Es ist der Bourgeoisie gelungen, »dem Proletariat noch vor der entscheidenden Schwankung der Massen der Revolution eine (wenn auch nur vorübergehende) Niederlage zuzufügen.« Warum?

»Es ist das dem Faschismus in erster Linie gelungen, weil die Sozialdemokratie dem Faschismus die Bahn frei machte.«

In Deutschland waren es zufällig die Kommunisten, die dem Faschismus die Bahn freigeschafft haben. Sie verhalfen Hindenburg zur Wahl, sie haben die Verderblichkeit der Demokratie gepredigt und von ihr gesagt, daß sie genau so schlimm sei wie die faschistische Diktatur. Sie haben in gemeinsamen Volksentscheiden mit der Partei Hitlers die Parlamente mit demokratischen Mehrheiten zu sprengen versucht. Sie haben bei ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften nicht genügend Zeit und Kraft gefunden, die Bourgeoisie, ihren faschistischen Vortrupp eingeschlossen, zu bekämpfen. Gerade dieser Fehler ist inzwischen von führenden Kommunisten selbst eingestanden worden.

Noch einmal, um über den wirklichen Zweck der Einheits-Offensive, eben die Herbeiführung des Bruches der Arbeiter mit der

Hitler und Mussolini

Rückwirkungen auf Deutschland

In der französischen Presse gab es dieser Tage eine interessante Auseinandersetzung. Der Chefredakteur des »Petit Parisien« Bois beschwor die französischen Sozialisten und die englische Arbeiterpartei, doch mit ihren Angriffen auf Mussolini aufzuhören, denn es gehe jetzt nicht nur um Abessinien, sondern vor allem um Europa und die Gefahren, mit denen der Hitlerismus es bedrohe. Bois stellte den Satz auf: »Alles was Mussolini schadet, nützt Hitler.«

Ihm trat in einem Leitartikel des »Populaire« Genosse Leon Blum entgegen. Er warnte die französische Politik vor einer Haltung, die auf eine Komplizität mit Mussolini hinauslaufe. Die Sozialistische Arbeiterinternationale hat inzwischen den Standpunkt Leon Blums eingenommen und gegen Mussolini die allerschärfste Kampfansage gerichtet.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind als erste daran interessiert, daß nichts geschieht, was Hitler nützt. Aber wir halten die Meinung des Herrn Bois für falsch. Wäre es nicht mißlich, in der Politik mit Axiomen zu arbeiten, so könnte man seinem Satz den anderen entgegenstellen: »Alles was Mussolini schadet, schadet auch Hitler.«

Die Theorie des Herrn Bois rechnet machtpolitisch-opportunistisch mit dem faschistischen Italien als Bundesgenossen bei Abwehr eines deutschen Angriffs. Es ist aber keineswegs sicher, daß sich das faschistische Italien auf eine Dauerfreundschaft mit Frankreich festgelegt hat. Verträge sind nur noch Papierfetzen und

Diktaturen sind stets in der Lage, ihren Kurs blitzschnell zu ändern. Nach Hitlers Machtantritt stand Italien mit Deutschland besser als mit Frankreich. Heute hat sich das Verhältnis umgekehrt, niemand kann wissen, wie es morgen sein wird.

Italien ist aber das große Vorbild Deutschlands, Hitler nur ein nachgestümperter Mussolini. Darum wird jeder außenpolitische Erfolg Mussolinis für Hitler ein Anreiz sein, mit ähnlichen Mitteln ähnliche Erfolge zu suchen. Haben die italienischen Erpressungsversuche Erfolg, so wird man bald mit ähnlichen deutschen Erpressungsversuchen zu rechnen haben, und kehrt der Duce aus Afrika als Eroberer heim, so werden seine Lorbeeren den Führer nicht mehr schlafen lassen. Wenn aber Mussolini umgekehrt auf einen härteren Willen stößt als den seinen, wenn seine Schwäche offenbar wird, erhält das Vertrauen zur Diktatur auch in Deutschland einen erschütternden Stoß. Kommt es gar zum Sturz des faschistischen Regimes in Italien, so wird es schwer sein, die Bewegung, die ihn herbeigeführt hat, an den Alpen zum Stehen zu bringen.

Jede Diktatur sonnt sich solange in ihrem falschen Glanz, bis sie in Blut und Dreck untergeht. Heute scheint — obwohl man auch das nicht genau wissen kann — die italienische Diktatur diesem Endpunkt näher als die deutsche. Die geknechteten Untertanen des Dritten Reiches verfolgen diese Entwicklung mit fiebriger Spannung, sie erhoffen sich

von einem Erfolg Mussolinis gar nichts, von seiner Niederlage und seinem Sturz aber alles.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale über Abessinien

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale hielt vom 16. bis 18. August in Brüssel eine Tagung ab, an der als Vertreter Deutschlands die Genossen Crummenner, Hilferding und Weis teilnahmen. Die Exekutive wählte an Stelle Vanderveldes, der zur Zeit Mitglied der belgischen Regierung ist, den Genossen Louis de Brouckère zum Vorsitzenden. Sie nahm eine Resolution an, in der sie die Regierungen auffordert, ihre Pflichten als Mitglieder des Völkerbundes zu erfüllen und für die Schließung des Suez-Kanals für italienische Kriegsschiffe einzutreten. Abessinien's Unabhängigkeit müsse gesichert und dem Skandal ein Ende gesetzt werden, daß der Angreifer frei ist, sich Waffen und Munition aller Art zu verschaffen, während man dem angegriffenen Land die notwendigsten Verteidigungsmittel verweigert. Für den Fall, daß der Krieg dennoch ausbrechen sollte, wird die Hoffnung ausgesprochen, daß er mit dem Sturz der faschistischen Tyrannei enden werde.

Die Sozialistische und die Kommunistische Partei Italiens beabsichtigen, die Abhaltung eines Kongresses der Auslandsitaliener. Auf Einladung der Sozialistischen Partei Italiens, die durch die Genossen Modigliani und Nenni vertreten war, beschloß die Exekutive, zu diesem Kongreß einen Vertreter zu entsenden.

Kastration als Strafe

Der Juristenkongreß in Berlin

Ein internationaler Juristenkongreß, der sich von gemeinen Verbrechern zu Gäste laden, feiern und bewirten läßt, gehört zu den neuesten Kuriositäten der Zeitgeschichte: in Berlin tagte in der letzten Woche der internationale Kongreß für Strafrecht und Gefängniswesen. Nicht alle Juristen waren so charaktervoll wie die Männer des englischen »Howard League« deren schneidend offenen Absagebrief an die Veranstalter des Kongresses wir vor zwei Wochen veröffentlichten. Aber keiner der Erschienenen wird sagen können, er habe den gegenwärtigen Zustand des Landes, dessen Gastfreundschaft er in Anspruch nahm, nicht gekannt. Auch wenn er die Anklageschrift des Sozialdemokratischen Parteivorstandes, die den Kongreßteilnehmern zugeschickt wurde, noch nicht zur Kenntnis genommen haben sollte, so mußte ihm doch die Begrüßungsrede mit der Herr Frank II die Veranstaltung eröffnete, den Star gestochen haben. Schon das offene Bekenntnis dieses Mannes, daß in Deutschland nicht mehr Recht gesprochen, sondern nationalsozialistische Parteijustiz getrieben wird, hätte die Kongreßteilnehmer davon überzeugen müssen, daß sie in Berlin am falschen Platze waren. Frank II konnte aber auch weiter die Behauptung aufstellen, daß unter dem braunen Regime in Deutschland die Kriminalität gesunken sei — und kein Zwischenrufer fragte, wie es sich dann erkläre, daß alle Strafanstalten doppelt und dreifach überbelegt seien. Es erhob sich kein Sturm des Abscheues und des Entsetzens — mag es auch manchen kalt über den Rücken gelaufen sein — als Frank II er-

klärte: »Die Kastration ist bei uns eine Strafe und soll eine Strafe sein!« Neben Köpfen, Hängen, Erschießen, Stockhieben und Folterungen gehört danach auch die Verstümmelung zu den offiziellen Mitteln hakenkreuzlerischer »Rechtspflege!«

Unentwegte Verteidiger des Dritten Reiches werden vielleicht einwenden, daß die Strafe der Verstümmelung nur bei den unsympathischsten Verbrechern, den Sittlichkeitsverbrechern angewendet wird. Das ist aber keineswegs richtig. Denn wer heutzutage in Deutschland als Sittlichkeitsverbrecher verurteilt wird, braucht deswegen noch lange keiner zu sein. Heute ist in Deutschland kein Jude davor sicher, daß er nicht von einer Erpresserdrine oder einem feindlichen Nachbar eines Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt wird — steht er aber einmal vor Gericht, so ist er unter den heutigen »Rechtsverhältnissen« so gut wie verurteilt. Widerstrebt dem menschlichen Empfinden schon der Gedanke, daß die Verstümmelung als Strafe an einem Schuldigen ausgeführt werden soll, so ist die Vorstellung, daß Unschuldige das Opfer eines solchen Verfahrens werden können, und wahrscheinlich schon geworden sind, geradezu unfaßbar.

Eigentlich hätte die Rede Franks II den Juristenkongreß veranlassen müssen, seine Tagung sofort abzubrechen und sie in ein zivilisiertes Land zu verlegen. Daß Deutschland den Namen eines solchen zur Zeit nicht verdient, darüber kann nach dem rednerischen Derwischtanz jenes würdigen Regierungsvertreters bei keinem Kongreßteilnehmer noch der geringste Zweifel bestanden haben.

Nazikämpfe in Polen

Enttäuschte Steigbügelhalter.

Man schreibt uns aus Polen:

Die Deutschen in Polen, die in der parlamentarischen Zeit den jeweiligen Regierungen in Deutschland neutral gegenüberstanden, haben sich seit dem »Umbruch« mit vollen Segeln dem Nazitum verschrieben. Sie schalteten sich gleich, sie schwärmten für Führertum, Totalität, Autorität. Alle Vorgänge im Dritten Reich fanden ihre volle Billigung, alle Phrasen und Schlagworte übernahmen sie unbedenklich. Sie werden heute in Polen mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Es ist doch klar, wenn man dem »Wirtsvoik« so viel vorschwärmt von den neudeutschen Errungenschaften, daß man die »Gäste« ganz nach ihrem sehnlichsten Wunsche bedient, indem

man sie aus dem politischen Leben ausschaltet.

Die Drahtzieher der Bewegung, die auf einmal schon immer Nationalsozialisten gewesen sein wollten, waren jene Herrschaften, die stets die Betonung auf den ersten Teil des Wortes gelegt haben. Sie müssen es heute erleben, daß ihre eigenen Sprößlinge durch die hemmungslose Uebertragung reichsdeutscher Propaganda gegen sie revoltieren. Diese Sprößlinge wollen nicht mehr und weniger als die »Alleinführung«, die Ausschaltung der nationalen »Bonzen«, die Besetzung sämtlicher Posten, alles unter der Devise »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«. Nach acht Göbbelschem Muster gibt diese sogenannte »revolutionäre Gruppe« eine eigene Parteizeitung heraus. Eine Zeitung, die sich in nichts von dem »Völkischen Beobachter« unterscheidet, auch darin nicht, daß jedes Parteimitglied die Zeitung halten muß. Es ist kaum glaublich, in wieviel infamer und niederträchtiger Weise sich diese Nazigruppen befähigen und ihre Gazetten zum Sprachrohr neudeutscher Ideengüter machen. Sie beschimpfen sich, sie verhetzen sich, sie verfeinden und denunzieren einander bei der eigenen und der ihnen nahestehenden Regierung. Dieses völkische Schauspiel nennen sie selbst »Bruderkampf«. Den eigentlichen Anstößern dieser nationalen Bewegung ist längst ein Licht aufgegangen, genau so wie ihrem Freunde Hugenberg, was sie sich selbst und der Gefolgschaft eingebrockt haben. Die Steigbügelhalter werden einfach von dem tollgewordenen Parteschimmel überrannt. Sie versuchen vergeblich, der Masse jetzt klar zu machen, daß eine Uebertragung des Nazismus ins Ausland nur bedingt möglich ist, und daß andere Verhältnisse eine »Auslegung« des braunen Heroismus erfordern. Zu spät. Aber nicht nur diese inneren Folgen ihrer begeisterungsfreudigen Neuordnung gehen ihnen nahe. Noch viel enttäuschter sind sie über die Auswirkung der starken Hand auf das Ausland. Sie haben fest geglaubt, daß der Terror auch nach außen schrecken würde. Er ist tatsächlich über die Grenzen gegangen und geht ihnen höchstselbst energisch zu Leibe. Jetzt auf einmal verlaublich sind sie so etwas von Nationalbolshewismus, nur ganz unter sich, natürlich, jetzt wollen sie nie echte Nazis gewesen sein, jetzt helfen sie den Führer schon nicht mehr an. Kurz, diese Erneuerer, einst himmelhoch jauchzend, lassen heute die Nase sehr sehr hängen.

Ihre Jünger dagegen gehen nun erst recht mit alter Frische immer feste druff« und sie befolgen, wie es echten Frontkämpfern geziemt, die zu Zeiten des Stahlbades noch die Windeln näßten, die Parolen ihres über alles geliebten Propagandaministeriums und seines Angriffs. Diese direkt auffällige Bevorzugung und Unterstützung scheint sehr

Deutsche Streiflichter

reale Hintergründe zu haben. So geht aus einer Pressemeldung hervor, daß in Polen seit einiger Zeit gewisse Banken kurzfristige Auslandsgelder erhalten haben. Propagandagelder aus Deutschland? Oder sollten gewisse Nazis im Dritten Reich ihre Gelder bei Zeiten in Sicherheit bringen, sei es vor der Inflation, sei es vor dem noch größeren Krach? Schon einmal, nach dem verunglückten Kapp-Putsch, haben die Putschler ein Asyl bei ihren Volksgenossen in Polen gefunden!

Politische Halbwelt

Nach zweieinhalb Jahren totem Staat muß sich der »Völkische Beobachter« gegen die »politische Halbwelt« wenden, die sich in den politischen Zentren des Dritten Reiches eingeknistert hat. Es heißt da (gespart wie im Original):

»Halbwelt und Hochstaperei gehören zueinander. Der Glanz der den Hochstapler in den zumeist stark befristeten Zeiten seines Erfolges umwittert, erinnert in der Politik stets an die besondere, allzu vergängliche Leuchtkraft der Raketen. Die Vorliebe, deren sich gerade das Gebiet des Politischen bei hochstaplerisch veranlagten Naturen erfreut, läßt auf seine besondere Einträglichkeit schließen.

Wir wollen keineswegs in Abrede stellen, daß es auch im nationalsozialistischen Staate eine politische Halbwelt gibt, die Berlin zum alleinigen Sitz ihrer Machenschaften genommen hat.

Das klingt beinahe, als sei der Führer und seine Umgebung gemeint. Aber dies dürfte wohl ein Irrtum unsererseits sein, der allerdings leicht aufzukommen kann, wenn man in dem Artikel weiterhin liest:

»Ueber ihrer persönlichen und politischen Vergangenheit liegt dabei zumeist ein dichter Schleier gebreitet, hinter den nur wenige noch besser Informierte zu blicken wissen. . . Die Vorzimmerkandidaten der Politik leben immer nur vom Schein, nie von der Substanz. Ihre Handlungen sind ebenso trügerisch wie ihre Gesinnung unecht. Politik ist ihnen das höchste und erstrebenswerteste Mittel zur Befriedigung ihres Geltungsbedürfnisses.«

So fleißig gelernt haben die politischen Halbweltler des Dritten Reiches von der Hitler-Partei, daß man die »Hochstapler« von den braunen Urbonzen kaum unterscheiden kann:

»Sie beherrschen alle Register der Menschenbehandlung: dem Eitlen wissen sie zu schmeicheln, vor dem Despotischen zu kriechen, dem Aufrechten begegnen sie mit gemachter Biederkeit, dem Unsicheren jovial oder arrogant, dem Falschen mit Falschheit, dem Undurchschaubaren mit weltmännischer Verbindlichkeit. Aus allen diesen Gründen fällt es oft schwer, ihnen das Handwerk zu legen. Dazu gehören vor allem aufmerksame Augen und Ohren und ein unermüdliches Zusammentragen von Material. Wie so oft im politischen Leben kann auch in derartigen Fällen ein gut gefülltes Archiv den Ausschlag für eine Unschädlichmachung des Gegners geben. . .

Und so sammeln sie denn alle fleißig Material gegeneinander, intrigieren und spionieren, eine Halbwelt gegen die andere, politische Hochstapler alle zusammen, jeder dem anderen einen 30. Juni vorbereitend.

Trauriger Nachwuchs

Die neue Pleite der braunen Reichspreseschule.

Der zweite Lehrgang in Göbbels Drillanstalt für junge Journalisten ist zu Ende gegangen und die Ergebnisse sind peinlich. Schon der erste Kursus dieser Reichspreseschule war so, daß die Zeitschrift Deutsche Presse einige Warnungen los ließ. Nach dem diesjährigen zweiten Kursus wird das Schriftleiterfachblatt noch deutlicher und klagender. Hatte doch der Reichspropagandist selbst im Juni eine schärfere Auslese angekündigt und ein Vorgehen gegen jene, »die sich im Vertrauen auf ihre Gesinnung an der Arbeit vorbeidrücken. . .« Und nun muß die Deutsche Presse wiederum konstatieren: »Sie schreiben viel, aber sie haben nichts zu sagen! — Was sollen sie auch sagen, wenn sie nicht sagen dürfen, was sie denken und sagen möchten! Darum überwiegt bei ihnen, wie ein Kritiker schreibt, »exaltiertes Geschwöge und schreckliche Stimmungsversuche« — kurz, der unverdauliche Phrasenbrei, den man aus der Nazipresse kennt. Von sieben, heißt es in diesem Bericht, taugte höchstens einer etwas. Dabei handelt es sich um eine Auslese von jungen Leuten, die alle schon eine Ausbildungszeit von neun Monaten in einer Schriftleitung hinter sich haben! »Da ist es denn,« schreibt die Frankfurter Zeitung zur Charakterisierung der Eleven,

»in der Tat eine böse Sache, wenn einer Moses für den Begründer des Zionismus, ein anderer Albanien für einen afrikanischen Staat hält! Gelesen haben die jungen Menschen, das wird ausdrücklich festgestellt, meist nicht viel; und selbst an Hitlers »Mein Kampf«, an Bücher

Wo bleiben die Großen?

Nach dem Gesetz der nationalen Arbeit kann unsozialen Unternehmern die Eigenschaft als Betriebsführer aberkannt werden. Seitdem das Gesetz in Kraft ist, haben die deutschen Zeitungen hochgerechnet ein dutzendmal berichtet, daß diese Strafbestimmung in Anwendung kam. Ebenso oft ist etwa gemeldet worden, daß die Schutzhaft über Betriebsführer verhängt wurde. Wir wollen uns nicht lange dabei aufhalten, daß es sich bei diesen Strafen gegen unsoziale Unternehmer meist um Juden, ehemalige Zentrumsleute oder um sonstige dem System mißliebige Leute handelte. Sehr bemerkenswert aber ist dies: unsoziale Haltung der Unternehmer wurde stets nur in kleinen, höchstens in mittleren Betrieben festgestellt. Ansonsten scheint alles in bester Ordnung zu sein, und das ist doch recht auffallend. Wir haben da zum Beispiel die Schwerindustrie, die in Jahrzehnten der Verbesserung jeder Lohn- und Arbeitsbedingung Widerstand leistete und die sozialpolitische Gesetzgebung zu sabotieren suchte. Sollten alle diese Herren Generaldirektoren nur noch darauf bedacht sein, vor ihren Gefolgschaften als Musterknaben »sozialer Ehre« zu erscheinen? Wir blicken auf den Bergbau, der zumal unter Tags mit harter Anstrengung und oft genug vernachlässigten Sicherheitsmaßnahmen zu ringen hatte. Wir kennen die chemische Industrie, die im Eifer der Dividendenwirtschaft Leben und Gesundheit der Arbeiter vernachlässigte, wie sich übrigens noch jüngst bei der Riesenexplosion in Reinsdorf gezeigt hat. Wir wissen um die immer wieder übertretenen Schutzbestimmungen für Bauarbeiter, und wir erinnern uns der unmenschlich langen Arbeitszeit, der ungenügenden Ernährung und der elenden Wohnungen auf den östlichen großen Gütern. Auch die »Bank- und Börsenfürsten« waren nicht gerade Vorbilder sozialer Gesinnung, und die Abstände zwischen den Einkommen der großen Bankdirektoren und ihrer kleinen Angestellten waren ungeheuer.

Nichts spricht dafür, daß sich grundsätzlich etwas geändert hätte. Manchmal wird das sogar in der Nazipresse zugegeben. Noch aber ist keinem Landjunker, keinem industriellen Generaldirektor und keinem Bankgewaltigen das Recht zur Betriebsführung oder die »soziale Ehre« abgesprochen worden. Man schließt irgendwelchen Kräutern die Bude, aber an die Großen wagt man sich nicht heran. Oder doch? Neulich wurde lang und breit geschildert, wie irgendwo in Mecklenburg der Reichstatthalter einen gräflichen Latifundienbesitzer vor eine große SA-Parade zitiert hat, um ihm seine abgrundtiefe Schlechtigkeit vorzuhalten. Da ging es aber nicht um Landarbeiterlöhne, sondern um Bibelprüfche. Der Statthalter Adolf Hitlers warf dem Grafen vor, daß dessen evangelischer Vikar das »positive Christentum« des Dritten Reichs nicht gebührend respektiere, und darum der ganze Aufwand gegen die Staatsfeinde in der Schloßkapelle!

Der Nationalsozialismus hat noch immer soviel zu tun, um rassistische Mischehen zu verhindern, daß er keine Zeit findet, sich um das zweite Wort in seinem Parteischild zu kümmern, und bei dieser Prellgabe jeglicher Art von Sozialismus wird es auch bleiben.

Nicht so!

Der norwegische Rundfunk hat,

von Göbbels, Rosenberg und Chamberlain seien sie vielfach nur wie an Pflichtlektüre, nicht aber freiwillig herangegangen.«

Wer geht an sowas freiwillig? Und schließlich hat ja auch Hitler nie etwas anderes gelesen, als Karl May und die gefälschten Weisen von Zion — und ist auch Schriftleiter gewesen. Die Novizen, die an den Mist der Führer wie an eine »Pflichtlektüre« herangegangen, sind wahrscheinlich noch die Besten und Urteilsfähigsten der ganzen Zucht. Aber sie sollen nicht derart selbständig denken, meinte die braune Ueberwachungsstelle, was die Frankfurter Zeitung nötig, folgenden Einwand zu wagen:

»Nicht ganz wird jeder an dem Punkte mitgeben können, an dem der kritischen Einstellung des jungen Schriftleiternachwuchses fast verächtlich der Kampf angesagt wird. Man versteht schon, was eigentlich abgelehnt werden soll: dies billige und prinzipielle »Herunterreißen« aller Dinge, die dem Journalisten begegnen. Aber (und das ist nicht ganz unwichtig) das läßt sich bei den echten Begabungen ins Positive wenden.«

Was jedoch der junge, nicht ganz ver-

wie hier schon berichtet wurde, den deutschen Sprachunterricht eingestellt. Viele Norweger sind über die Hitlerverbrechen und über den fränkischen Landstreicher so empört, daß sie Deutsch nicht mehr hören wollen. Ein sehr verständlicher Groll, aber er äußert sich nicht richtig. Hitler ist weniger denn je Deutschland, und wird es niemals werden. Warum läßt man die deutsche Sprache und den durch sie verkündeten deutschen Geist entgelten, was Schandbuben am Deutschtum sündigen? Sind Dante und Michelangelo entwertet, weil Mussolini morden und foltern ließ? Sind Lessing, Goethe und Kleist nicht ewig, auch wenn das Gebrüll von SA-Barbaren für eine bemessene Frist noch die Stimme des echten Deutschland erstickt?

Ob jetzt auch bergeshoch die Schmach auf Deutschland laetet und wir den Anteil unserer Schuld zu tragen bereit sind, bleibt dennoch wahr, daß dieses Volk seit einem Jahrtausend die menschliche Kultur auf allen Gebieten zu entwickeln und zu bereichern half. Nichts spricht dagegen und alles dafür, daß Deutschland einmal den seiner würdigen Platz im Kulturkreis der Völker wieder einnehmen wird. Man verachte die politischen Macht-haber, die kriminellen Tyrannen des Dritten Reichs, aber man verweigere dem deutschen Sprachgut nicht die Bedeutung und die Ehre, die es verdient. Um der Reichtümer menschlichen Geistes willen, die auch aus der deutschen Nation gehoben worden sind.

Unser Werk

Der »Informationsdienst« der Deutschen Arbeitsfront verarbeitet und verbreitet einen Bericht des Internationalen Arbeitsamts in Genf, der Vergleichszahlen über die Entwicklung des Urlaubs für Arbeiter und Angestellte bekannt gibt. 17 Staaten gewähren ihren Arbeitern und Angestellten ein gesetzliches Recht auf Urlaub. Für Deutschland stellt der Bericht fest, daß es in der Urlaubsgewährung an der Spitze aller Länder steht. Damit brüstet sich die Deutsche Arbeitsfront. Grund dazu hat sie nicht, denn sieht man genauer zu, so ergibt sich, daß laut den Angaben des Internationalen Arbeitsamts schon am 1. Januar 1929 von 12 Millionen arbeitsvertraglich erfaßten deutschen Arbeitern nicht weniger als 97,8 v. H. einen bezahlten jährlichen Urlaub erhielten. An diesem Stichtage jedoch registrierte in Deutschland nicht der »Führer« Adolf Hitler, sondern der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller und die deutschen Arbeiter wurden nicht von Heß und Ley, sondern von Wels und Leipart geführt. Das Dritte Reich hat dem bis dahin Erreichten nichts Positives hinzufügen können. Nur eine allerdings: die propagandistische Auswertung des von der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften erkämpften für die Deutsche Arbeitsfront.

Es wird neuerdings in deutschen Emigrantenkreisen davon geredet, daß eine Aufgabe sichtbar werde, und man meint damit vorbereitende Beratungen für den Fall eines Umsturzes in Deutschland. Das können gewiß verdienstvolle Ueberlegungen werden. Unter den vielen Aufgaben, die sich am Horizonte abzeichnen, möge man aber eine für alle Zukunft nicht vergessen: die volle Anerkennung der gewaltigen Leistungen, die Massen und Führer der Arbeiterbewegung in einem halben Jahrhundert vollbracht hatten, und die energische Ausschaltung aller Elemente, die nie etwas anderes

laten, als dieses große geschichtliche Werk zu verkleinern oder ganz zu leugnen.

Und doch »Einjährige«

Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes hat die Richtlinien für die Führerausbildung im Arbeitsdienst veröffentlicht. In der Auswahl der Führer geht es zunächst ganz und gar sozial zu. Nur arische Abstammung und Führungszeugnis sind notwendig. Dann kann der Aufstieg beginnen: unterer Dienst bis zum Obertruppführer, mittlerer Dienst bis zum Feldmeister und höherer Dienst vom Arbeitsführer oder auch Reichsarbeitsdienstrat aufwärts. Das klingt schon recht verdächtig nach Dreiklassensystem und nach der alten reaktionären Beamtenhierarchie, aber es wird auch gar nicht verheimlicht, daß entgegen allen bis dahin geübten Ableugnungen die höheren Söhne in der Laufbahn bevorzugt werden:

»Führeranwärter, die das Reifezeugnis einer höheren Schule besitzen, können damit rechnen, nach anderthalb- bis zweijähriger Dienstzeit im Arbeitsdienst und einwandfreier Ableistung ihrer aktiven Militärdienstpflicht zum Feldmeister befördert zu werden.

So glatt geht der Aufstieg für die höheren Schüler. Die Volksschüler aber müssen sich erst zum Truppführer hinaufkämpfen und müssen dann erst noch ein Gestrüpp von Prüfungen auf geistige und moralische Qualitäten durcharbeiten, ehe sie auch nur zur mittleren Laufbahn zugelassen werden.

Wie im Heer so im Arbeitsdienst: jetzt wie früher ist der Aufstieg in das Führerkorps vom Reifezeugnis höherer Schulen abhängig, und dafür ist noch immer die Voraussetzung, daß die Eltern den Sohn bis an die Schwelle des dritten Lebensjahrzehnts auf der Schule halten können. Es bleibt also bei dem Privileg der sozial gehobenen Schichten.

Im Zeichen des Volkswagens

Neulich hat Herr Dr. Robert Ley wieder einmal davon geredet, daß er mit »Kraft durch Freude« die Verheißungen des Sozialismus erfülle, der den Arbeitern versprochen habe, sie zu Herren aller modernen Verkehrsmittel für ihre Urlaubsfahrten zu machen. Für den Werktag scheint es damit noch zu hapern. Das plaudert die »Frankfurter Zeitung« in ihrer Berliner Beilage (Nr. 395) aus, indem sie den Besuch eines neuen Zeitungsloneasals schildert. Da heißt es nämlich von einem »einfachen Mann« aus Berlin-Mitte: »Drei Stunden ist er gelaufen, um seine Heimatzeitung aus Danzig wieder einmal lesen zu können.« Woraus zweierlei zu entnehmen ist: 1. daß der einfache deutsche Mann nicht in der Lage ist, sich eine Zeitung zu halten, und 2. daß er nicht den Groschen für eine Straßenbahnfahrt aufbringen kann. Er muß drei Stunden von Charlottenburg nach Berlin marschieren und zusehen, wie die Straßenbahn und die Autobusse zu Dutzenden Wagen an ihm vorbeisauzen, vor den Luxuslimousinen der Nazibonzen gar nicht zu reden.

Es ist mithin durchaus zeitgemäß, daß den politischen Leitern der NSDAP zwölf Gesetze für den kommenden Kampf eingetrichtert werden, von denen das erste lautet: »Ich glaube nicht mit dem Verstand an den Führer, sondern mit meinem Herzen und mit meiner Seele.«

Wer einen Verstand zu verlieren hatte und ihn noch nicht eingebüßt hat, wird zum Teufel wünschen, was jetzt in Deutschland schandbar regiert.

Hannes Winck.

Wirtschaftsnotizen

Das Volkseinkommen von 1934 soll nach den bisherigen Berechnungen um etwa zehn Prozent höher als im Vorjahr liegen. Diese Steigerung geht aber nicht auf eine entsprechende Erhöhung des Arbeitseinkommens zurück, sondern auf eine starke Besserung des Unternehmereinkommens. Bei 36 von der Reichskreditgesellschaft untersuchten Industrieunternehmen wurde 1934 eine Verdoppelung des Gewinnsaldos gegenüber 1933 festgestellt.

In der Maschinenindustrie ist der Exportanteil am Auftragsingang bedeutend zurückgegangen. Er betrug 1934 16 Prozent (1931 56 Prozent).

dorbene Kopf in Hitlerdeutschland sieht, scheint sich eben nur schwer ins Positive wenden zu lassen. Und so wendet sich denn die Frankfurter Zeitung mit ihrer Betrachtung selber etwas negativ weiter, wenn sie gegen den Schluß hin sagt:

»Und dies ist vielleicht ein gewisser, allerdings schwer vermeidbarer Mangel, der den Kursen der Reichspreseschule anhaftet: zwar soll den Schülern Gründlichkeit beigebracht werden, aber es fehlt doch eigentlich jene Methode, die sich in Deutschland sonst so ausgezeichnet bewährt hat: nämlich der Zwang, wenigstens ein Problem, dies aber vollständig zu durchdenken in der Erwägung, daß man an diesem einen Beispiel ein Handwerkszeug auch für andere Fälle sich erarbeite.«

Für Göbbels' Schmockzucht allerdings ein schwer vermeidbarer Mangel, denn überdenkt der begabtere, unverdorrene Eleve ein Problem vollständig — wie kann er dann mit dem Blödsinn des Dritten Reiches auskommen? Vergeblich ringt die gleichgeschaltete Presse ihre gebundenen Hände, was ihr aus der Göbbelsschule geliefert wird, sind entweder dumme Gesinnungstreiber oder vor-

„Das stumme Deutschland redet!“

Obwohl sich das »Dritte Reich« in der höchsten überhaupt möglichen Lautstärke der Welt zu verkünden sucht, durch Führerreden, durch die Presse, durchs Radio, also durch Lärm, durch Lärm, durch Lärm, ist Deutschland, das wahre, das vergewaltigte, das der duldenden Massen, mit einem Knebel im Mund, unheimlich stumm. Es spricht auch nicht zu oberflächlichen Besuchern wie britischen Frontkämpfern und französischen Austausch-Studenten, die sich einwickeln lassen und mit dem Lob des friedliebenden Hitlerismus auf den Lippen heimkehren; sie haben nichts zu hören bekommen als die tausendmal abgeschnürte offizielle Grammophonplatte. Um wenigstens halbwegs die Stimme des stummen Deutschland zu vernehmen, muß sich schon jemand aufmachen, der einmal Bescheid weiß, und dem sich zum zweiten die Herzen öffnen. Das trifft auf einen seit Jahr und Tag in der Schweiz eingebürgerten Schriftsteller zu, der sich aus guten Gründen unter dem undurchsichtigen Buchstaben W. verbirgt. Eine dreiwöchige Reise »durch die Menschen des deutschen Westens und Südens in sechs Großstädten und einem Kurort« sollte ihm auf Fragen Antwort geben, die jeden Deutschen im tiefsten bewegen: nach der Festigkeit und Dauer des Regimes, nach der Möglichkeit innerer Wandlungen, nach den für die Machthaber bedrohlichsten Gefahrenpunkten. Ursprünglich lag es W. fern, seine Eindrücke für die Öffentlichkeit zu sammeln, aber was er erfährt, schien ihm so wichtig, daß er erst Zeitungsartikel und dann ein Buch daraus wurde. »Das stumme Deutschland redet!« Gespräche mit Deutschen, Verlag »Die Lige«, Zürich.

Auf langen Strecken besteht die Schrift aus Schlußfolgerungen und Betrachtungen des Verfassers, für die die Gespräche den Ausgangspunkt bilden. Er entpuppt sich darin als ein keineswegs sozialistisch gesinnter Mann von anständig demokratischer Denkart, der zum Kampf aufruft für »das Recht jedes Menschen auf einen Lebensraum, in dem sein Geist und seine Seele sich nach innerem Gesetz entfalten können« und für »das Recht jedes Volkstums mit eigener geschichtlicher Entwicklung, seine staatliche Gemeinschaft nach deren Voraussetzungen frei zu gestalten«, ferner für »die Erkenntnis, daß die völkische Zwangsvorstellung verengt, weil sie breite Ströme der Ueberlieferung versanden läßt, von denen verbindende Arme zu anderen Nationen führen«; er ficht für »die ewige Wahrheit, daß das Leben sich nicht befehlen läßt, ohne zu veröden und zu verkümmern«, und betont »die Selbstverständlichkeit, daß ein verschüchtertes Volk nie glücklich sein kann und seelisch entartet, auch wenn man es nach einem russischen Zuchtbuch züchtet«.

Vieles von dem, was W. aus eigenem zu sagen hat, ist so gut formuliert wie diese Sätze. Wie trefflich etwa zeichnet er den ewigen deutschen Untertanen mit der Feststellung, wenn in der norddeutschen Provinz der Name Adolf Hitler ausgesprochen werde, höre man trotz stark verblasenden Zaubers »immer noch die Dankbarkeit eines so lange obdachlos gewesenen Gehorsams« heraus, und wie leibt und lebt der Münchener Stammtisch, der die Keimzelle der ganzen Hitlererei war, in dem einen Satz:

»In allen Emigrantenzeiten zusammen hat man bestimmt nicht so viel Greuel über sämtliche deutsche Konzentrationslager lesen können, wie man sie an einem einzigen Abend an einem Münchener Bierstisch über das einzige Lager Dachau zu hören bekommt.«

Ins Schwarze trifft nicht minder die Beobachtung, daß Hitler für die französische Außenpolitik ein unbezahlbarer Helfer sei, weil er Deutschland in einem Maße isoliere wie noch nie in der Geschichte. Auch die Darlegung W.s. daß der Ausgang der sogenannten Arbeitsschlacht über den Bestand des »Dritten Reichs« entscheiden werde, hat Hand und Fuß wie die Bilanz, die er zieht:

»Steigende Preise, sinkende Erzeugung von Verbrauchsgütern, sinkender Arbeitsertrag, sinkende Lebenshaltung — das ist das Ergebnis der Arbeitsschlacht, der künstlichen Konjunktur, für die Umsatzwirtschaft. Riesengewinne an einzelnen Stellen der Rüstungsindustrie besagen für das Ganze des Verbrauchs so gut wie nichts.«

Am meisten regen dennoch die Gespräche selber an, obwohl auch sie nichts Verblüffend Neues bringen, sondern lediglich Bekanntes bestätigen und unterstreichen. Leider gelang es W. durch den Zufall seiner persönlichen Beziehungen nur, Vertreter gewisser Oberschichten zum Reden zu bringen, einen höheren Reichswehroffizier, einen Industriellen, einen Redakteur, einen Pfarrer der Bekenntniskirche, einen Professor der Medizin und andere akademisch gehobene Existenzen.

Von den breiten Massen, ohne deren Zustimmung über kurz oder lang jedes Regime zusammenbrechen muß, von Arbeitern, Bauern und anderen kleinen Leuten erfährt er unmittelbar nichts; er bekennt nur mit der Einschränkung, daß er sich irren könne, seinen Eindruck, »daß die Arbeiter noch am ruhigsten zuwarten, was das Dritte Reich ihnen bringt«.

Immerhin, auch die andern hallen nur die Faust im Sack, soweit sie nicht regimetreu ihr Sprüchlein herplappern; was sie dann von sich geben, sind »fertiggegossene Zellen einer Setzmaschine«. Aber die noch denken können und wollen, zeigen sich über die moralische und materielle Verheerung Deutschlands durch die braune Barbarei entsetzt. Der Pfarrer entrüstet sich, daß der vom »Führer« eingesetzte Reichsbischof und die Seinen den Kampf gegen die Bekenntniskirche mit den gemeinsten Mitteln führen, »mit Lüge, Betrug, Ehrabschneidung, Tücke und schließlich mit roher Gewalt«, spricht von einem »Aufbruch der Gewissen, wie Deutschland ihn seit der Reformation nicht mehr erlebt hat, und wagt die Voraussage: »Dieses Jahrhundert wird entweder ein christliches werden, eine Renaissance mit umgekehrtem Vorzeichen, oder 2000 Jahre menschlicher Kultur versinken — in Blut und Boden«. Der Landgerichtsdirektor, so vorsichtig er sich gibt, tut den bedeutungsvollen Anspruch: »Die Gerichtsverhandlungen, die stattfinden, zeigen ihnen nicht, wie tief die geschriebenen Gesetze im Kurs stehen, son-

dern diejenigen, die nicht stattfinden. Was da alles geschieht, wonach kein Hahn kräht! Es ist ja Recht, wenn es nach Ansicht der Partei Deutschland nützt. Das gilt für Strafwie Zivilsachen. Der Mediziner äußert sich sehr besorgt über »die Wendung zum Irrationalen in der jungen, von der Partei beeinflussten Akademikerschaft«: »Da erbliht ein Dilettantismus und eine gewollte Ignoranz, daß einem wirklich um die deutsche Zukunft bange werden kann«. Der Handelsredakteur endlich überzeugt W., daß die ganze Wirtschaftspolitik Schachts allein von dem Gedanken der Ernährung und Rohstoffversorgung Deutschlands im Kriegsfall geleitet werde:

»Schacht ist die Rüstungswirtschaft. Sie führt schneller, als Hitler ahnt und ihm lieb ist, in die Sackgasse, aus der es nur zwei Auswege gibt: bedingungslose Unterwerfung unter die Weltmeinung oder Krieg«.

Psychologisch aber das Treffendste und Richtige über die hysterische Kraftstofferei der »Erneuerer« Deutschlands ist die Bemerkung in einem der Gespräche: »Es sind nie die Starken, die am lautesten nach Kraft schreien. Solche Angst vor dem Verfall, dem Untergang des Volkes, so wenig Blick für das Wirken der regenerativen Kräfte — da muß am eigenen Körper etwas versagen, in der eigenen Seele etwas mulmig sein!« Der Mediziner ist's, der solches feststellt, und so ist's in der Ordnung; bei den Gewalthabern des »Dritten Reichs« hat der Arzt das letzte Wort. K. M.

Der Sieger an der Saar

Herr Röchling war im Streit um die Angliederung der Saar der lauteste Rufer. In der Person dieses Trustmagnaten und kapitalmächtigsten Mannes der Saar war schon vor dem Anschluß an Hitlerdeutschland jene »Volksgemeinschaft« verkörpert, die erst nach dem Anschluß so recht verwirklicht werden sollte. Um der Bevölkerung im Allgemeinen und den Arbeitern im Besonderen einen Vorgeschmack der Segnungen zuteil werden zu lassen, die ihrer im Dritten Reich harrten, hat man die Saar an der Arbeitsbeschaffung durch besonders reichliche Vergabe von Aufträgen beteiligt. Aus dem Geschäftsbericht der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke A. G. in Völklingen (Saar) für 1934, also für das »letzte Trennungsjahr des Saarlandes«, ist zu ersehen, daß die Beteiligung der Saar an Hitlers Arbeitsbeschaffung zugleich eine reichlich bemessene Reichssubvention für Röchling gewesen ist. Zum ersten Male seit 1929 wird bei Röchling eine Dividende verteilt. Sie betrug in den vergangenen vier Jahren 0, 1934 6 Prozent. Die Dividende ist also nur ein Bruchteil des Reingewinns und der Reingewinn nur ein Bruchteil des wirklichen Ueberschusses. Zur Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent auf das Aktienkapital von 10 Millionen waren 600.000 Frs. erforderlich. Der Reingewinn beträgt aber fast 5 Millionen Frs. Mehr als 4 Millionen Frs. sind vorgetragen, d. h. der Reserve zugeführt worden. 1931 belief sich der Reingewinn auf 290.000, 1933 auf 1,2 Millionen Frs., er hatte sich, also in den letzten drei Jahren fast verzehnfacht, im letzten Jahre vervierfacht. Es hätte aber nicht nur eine weit höhere Dividende verteilt, sondern auch ein höherer Reingewinn in der Bilanz gezeigt werden können, wenn nicht ein erheblicher Teil des wirklichen Ueberschusses für Abschreibungen verwendet worden wäre, die mit 23 Millionen das Dreifache dessen ausmachen, was in früheren guten Jahren üblich war.

Erstaunlich ist aber nicht so sehr die Zunahme des Gewinns selbst als das Zurückbleiben der Zunahme des Umsatzes hinter der Steigerung des Ueberschusses. Während der Betriebsüberschuß um 31 Prozent gewachsen war, hatte der Umsatz nur um 13 Prozent zugenommen. Im Geschäftsbericht wird Klage darüber geführt, daß der Absatz nach Frankreich rückläufig war und die französischen Preise sehr zu wünschen übrig ließen. Der Ausfall französischer Aufträge ist also noch mehr als durch die Bestellungen des Reiches durch die fetten Gewinne überkompensiert worden, die Hitler Herrn Röchling als Dank für seine heldenhaften

Bemühungen um die Angliederung hat zukommen lassen.

Nicht ganz so erfreulich wie der Rückblick auf das vergangene Jahr ist der Ausblick in das zukünftige. Im Geschäftsbericht wird gesagt, mit der Rückgliederung habe der große bisherige Absatz nach Frankreich sein Ende gefunden, trotzdem blicke die Gesellschaft voll Zuversicht in die Zukunft, denn sie wisse, daß die Regierung sich die Beschäftigung der zurückgegliederten Industrien auf der bisherigen Grundlage zur ganz besonderen Aufgabe gestellt habe. Wie sieht es damit aus? Ende Mai war die Zahl der Arbeitslosen höher als in den letzten Monaten vor der Abstimmung und die Preise der Lebensmittel gewaltig gestiegen. Die Arbeiter sind also die Betrogenen, während Herr Röchling seinen Lohn dahin hat. G. a. F.

Worüber reden die Hausfrauen?

Man kann nicht leugnen, daß das deutsche Volk von Hitler zur Verschwiegenheit erzogen worden ist, aber ganz hat er ihm das Reden noch nicht abgewöhnen können. Was zur Zeit Stoff zur Unterhaltung gibt, kann man aus der »Frankfurter Zeitung« vom 26. Juli erfahren. Darin heißt es, neben der Erhöhung der Fleischpreise, die nach der amtlichen Statistik gegenüber dem Stand des Vorjahres um 9 bis 10 Prozent angezogen haben, seien es »vor allem die hohen Obst- und Gemüsepreise, die gegenwärtig das Tagesgespräch unserer Hausfrauen bilden«. In einer Tabelle mit den Marktpreisen der Berliner Großmarkthallen für Gemüse und Obst fehlen Preise für deutsche Äpfel, Birnen und Pflaumen gänzlich, weil das Angebot darin noch völlig fehlt. Für so gewöhnliche Früchte wie Johannisbeeren und Stachelbeeren werden »fast phantastische Preise« erzielt, von ausländischem Obst oder Zitronen gar nicht zu reden. Johannisbeeren kosteten am 23. Juli 1934 je Ztr. 8 bis 13 Mark, am 23. Juli 1935 20 bis 25 Mark. Für Erbsen, Bohnen usw. mußte die Hausfrau bis vor kurzem Preise anlegen, die sie in früheren Jahren nicht gewohnt war. Für Frühkartoffeln die noch Anfang Juli 18 bis 20 Pfennig kosteten, muß jetzt das Doppelte bezahlt werden. Zum Teil ist das auf einen Umstand zurückzuführen, für den das Dritte Reich nicht verantwortlich gemacht werden kann, auf die Malkälte, der eine Hitzewelle folgte. Aber in national weniger erwarteten Zeiten wurde die Mißgunst des Wetters durch Einfuhr ausgeglichen. Das wird jetzt nicht nur durch überhohe Einfuhrzölle, sondern vor allem durch die feste Begrenzung der Einfuhrmengen im Kontingentverfahren verhindert. Nach der Darstellung der »Frankfurter Zeitung« wird die künst-

liche Verknappung der Zufuhr vom Ausland von den ausländischen Importeuren dadurch ausgenutzt, daß sich Exportorganisationen bilden, die »sich selbst zum Nutznießer des durch die Einfuhrverknappung herausgebildeten höheren deutschen Preisstandes machten«. Bei Frühkartoffeln z. B. liegt der Preis, der in Deutschland angelegt werden muß, um 50 bis 100 Prozent über dem Preis, der jenseits der Grenze bezahlt wird. Das Gleiche gilt für Zitronen und Zwiebeln. Die Ueberpreise der ausländischen Nahrungsmittelieferanten sind eine Art Versicherung gegen die ihnen von Schacht drohende Nichtbezahlung ihrer Lieferungen. So werden die Hausfrauen die schuldlosen Opfer von Schachts Devisenprellerei. Das Tollste aber ist, daß die Ungunst der Witterung auch noch durch Darrés Dekretwirtschaft unterstützt worden ist. Die für die Marktregelung auf dem Gebiete des Gartenbaues zuständige Hauptvereinigung sieht »ihre besondere Aufgabe in einer Beschränkung der Anbaufläche, insbesondere für Gemüse«, worüber die »Frankfurter Zeitung« »etwas überrascht« ist. Herrn Darré ist es nicht um die Versorgung der Bevölkerung zu tun, sondern um die Hochhaltung der Preise, und auch das nicht um der Bauern, sondern um der Erhaltung des gigantischen bürokratischen Apparates des Reichsnährstandes willen.

Wie geht man der Obst- und Gemüseuerung zu Leibe? Dadurch, daß z. B. der Gauleiter des Gaues Saar-Pfalz, Bürckel, eine Bekanntmachung erläßt, worin er den Händlern die Verbringung nach Dachau als »geeignete Schutzmaßnahme für die schaffende Bevölkerung gegen die besagte Art von Ausnutzung« androht. Das Verfahren hat den Vorteil, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden. Die Kleinhändler werden gezwungen, ihre Verdienstspanne zu verkleinern, und der gerechte Zorn der Massen von dem schuldigen Naziregime abgelenkt. G. a. F.

Kinderraub

Man hat davon gehört, daß in vereinzelten Fällen kommunistischen Vätern das Recht auf Erziehung ihrer Kinder abgesprochen worden ist. Die juristische Begründung für diese Verwaltungswillkür ist recht dürftig. Das fühlen wohl auch nationalsozialistische Juristen. Im »Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt« wird deshalb der Vorschlag gemacht, ein nationalsozialistisches Familienrecht zu schaffen, das von dem Grundsatz ausgehen soll: »Das Recht der Eltern an der Aufzucht der Kinder wird zu einer in unbeschränkter Verantwortung übernommenen Pflicht im Auftrage des Staates und unter Aufsicht des Staates.«

Der Verfasser, ein Professor Webler, schlägt vor, zunächst den § 1666, Satz 1, BGB, wie folgt abzuändern: »Wird das geistige oder leibliche Wohl des Kindes durch ein Verhalten des Vaters gefährdet, so hat das Vormundschaftsgericht dem Vater gegenüber die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen.«

Professor Webler kommt zu dieser sehr weitgehenden Formulierung, weil er wünscht, daß die staatlichen Eingriffe in das elterliche Erziehungsrecht von allen hemmenden Klauseln, vor allem der Voraussetzung des Verschuldens eines oder beider Elternteile befreit werden soll. Würde die Anregung durchdringen — und was ist in diesem Deutschland unmöglich? — so könnte jeder Gegner des Systems dadurch bestraft werden, daß man seine Familie auflöst und die Kinder in ein Waisenhaus oder in die Fürsorgeerziehung steckt. Man wende nicht ein, schon aus finanziellen Rücksichten könne eine solche Maßnahme nur vereinzelt durchgeführt werden. Dieser Staat läßt Schutzhäftlinge als Opfer der Konzentrationslager zwingen, für ihren Aufenthalt in diesen Folterstätten Pensionspreis zu zahlen, als befänden sie sich in einem Sanatorium. Er wird sich auch nicht scheuen, von einigermaßen noch verdienenden Eltern Erziehungskosten für Kinder einzutreiben, die man in irgend welche Anstalten gesteckt hat, um sie den weltanschaulichen Einflüssen ihrer Familie zu entziehen. Und welches herrliche Erpressungsmittel, und welche Aussichten für neuartige Quälereien eröffnen sich, wenn man jeden Tag nach Belieben in Familien aufrechter Gegner des Systems einbrechen kann!

Der Geist des Systems

»Immer ist der Deutsche menschlich... Wir alle wissen, welche Schuld der Jude Rathenau auf sich geladen hat. Und trotzdem fiel er nur durch die Kugel«. (Aus der »Frankfurter Zeitung«).

Die Gewalt in der Politik

Bemerkungen von Oda Olberg (Buenos Aires)

I.

Bei unseren Diskussionen über die Gewalt wird stillschweigend angenommen, daß die Verfechter der Gewaltanwendung die revolutionären Sozialisten seien. Gewalt bedeutet Gefahr, Einsatz der physischen Persönlichkeit — wem unsere Sache das wert ist, der wird wohl der bessere Sozialist sein. Diese ästhetisch-ethische Bewertung gilt aber nur für eine schon bestehende Situation, wo der einzelne vor die Wahl gestellt ist, sich unter Preisgabe seiner Ueberzeugung — oder richtiger der äußeren Kennzeichen seiner Ueberzeugung — kampflös zu retten oder der Gewalt Gewalt entgegenzustellen. Da könnte tatsächlich der, der in gewaltsamer Abwehr sein Leben einsetzt, der höherwertige Mensch sein — der mit den besseren Nerven, der schnelleren Entschlußfähigkeit, dem größeren Selbstvertrauen, dem stärkeren Bewußtsein der eigenen Würde — der höherwertige Mensch und also der bessere Sozialist. Ganz anders ist es aber bei einer zu schaffenden, bewußt herbeizuführenden Situation. Für diese darf nicht ausschlaggebend sein, daß der, der sie herbeiführt, ihr persönlich gewachsen ist, sondern einzig und allein die Zweckmäßigkeit für unsere Sache. Es ist sogar vornehmste Parteipflicht, die persönliche in Nerven, Temperament, geistiger und körperlicher Konstitution begründete Stellung zur Gewalt ganz und gar zurücktreten zu lassen gegenüber den objektiven Bedingungen und den Erfolgsaussichten.

Auf die Gefahr hin, pedantisch zu sein, möchte ich mit einer Definition beginnen. Gewalt ist Anwendung physischen Zwanges, die mit einem willensbegabten Wesen gegen dessen Willen verfährt. Der bloße physische Zwang ist nicht Gewalt, wenn ihm nicht der Wille des Erleidenden entgegensteht, etwa bei der Rettung eines Ertrinkenden, der gerettet werden will, bei chirurgischen Operationen u. dgl. Gewalt gegen leblose Gegensätze gibt es nicht. Wesentlich ist immer die zwangsweise Verwirklichung des eigenen Willens durch Beugung des fremden, bis zu dessen Vernichtung.

Wir haben hier den äußersten Fall der Betrachtung des Mitmenschen als Mittel anstatt als Selbstzweck, also die Verletzung der Grundforderung der Kantischen Ethik. Aber das sei nur in Parenthese bemerkt, denn die Frage der sittlichen Berechtigung der Gewalt steht nicht zur Diskussion. Wo das politische Leben eines Landes auf vorrechtliche Zustände herabgedrückt ist, wird über die Gewaltanwendung nach deren Möglichkeit und Zweckmäßigkeit entschieden, wobei sittliche Erwägungen nur insoweit mitsprechen, als es unzweckmäßig sein könnte, mühsam angezuchtete und anerzogene sittliche Hemmungen aufzuheben, um etwa eine Geschichtsphase schneller zu überwinden.

Aus der Definition der Gewalt folgt, daß ihr Wirkungsbereich und ihre Wirkungsdauer beschränkt sind, solange Spieler und Gegenspieler nur auf ihren eigenen Körper angewiesen bleiben. Wenn wir einen so weiten Wirkungsbereich und eine so lange Wirkungsdauer der Gewalt feststellen können, so liegt das an der Steigerung der Gewaltäußerung durch Technik und an der Steigerung der psychischen Empfänglichkeit für Gewalt.

Beide Hergänge können wir in der Geschichte verfolgen, und zwar kommt nicht die Technik an erster Stelle, sondern die Bearbeitung des psychischen Mediums, um die Wirkung derselben Gewaltsumme weitergreifend und nachhaltiger zu gestalten. Ein deutsch-tschechischer Arzt, Dr. Emil Flusser*), hat in einem im November 1933 in der Wiener »Gesellschaft für die politische Bildung der Frau« gehaltenen Vortrag mit großer Tiefe und Klarheit den Gedanken entwickelt, alle Gewaltwirkung beruhe auf dem Nimbus, mit dem sich der Ueberlegene umgibt, sei also mehr psychischer als physischer Art. Darin hat er für die primitiven gesellschaftlichen Verhältnisse zweifellos recht. »Auch der stärkste Mann muß schlafen und ist also periodisch whrlos. Wenn ihn,

der die andern knechtet, nicht sein Nimbus schützte, würden ihn seine Stammesgenossen beseitigen«.

Dieser Nimbus ist durch die ganze Geschichte zu verfolgen, wird aber bei wachsender Bildung und Selbststeuerung der Massen, wie die materielle Gewalt selbst, — deren in der Seele angebrachter Vervielfältiger er ist — durch Surrogate der Gewalt teilweise ersetzt.

Die Geschichte ist eine ununterbrochene Kette von Gewalttaten. Unbestreitbar, wie diese Feststellung ist aber die andere, daß die Geschichte erst an dem Zeitpunkt be-

der physischen Gewalt, sondern auch alle möglichen andern Uebel, wie Krankheit, Wahnsinn, Ueberfälle durch wilde Tiere u. dgl., was die bösen Geister senden. Hier haben wir den Keim der Religion und der . . . Propagandalüge. Auch diese reicht ja in die Anfänge der Geschichte zurück. Hatten doch schon die Phönizier die Lüge vom unbefahrten Lebermeer aufgebracht, um jede Konkurrenz von den Fahrten zwischen Gibraltar und den Zinninseln abzuhalten.

Es ist einleuchtend, daß der durch größere Körperkraft gewonnene Vorsprung

Gruppen beruhen, mußten die Ueberlegenen, um Kräfte zu sparen, nach einem Minimum von Gewaltanwendung streben, welches Streben sich mit dem der Unterworfenen deckte. So entstand ein Gebiet der Willenlenkung ohne physische Gewalt, das des Vertrages, das der beiderseitige Vorteil der Kontrahenten durch Gewaltandrohung schützte. Mit dem gewaltsam Ueberwundenen wurden Verträge geschlossen, für deren Einhaltung nicht nur der einzelne, sondern auch die Gruppe haftbar war. Hiermit tritt der Staat und das Recht in die Geschichte und mit ihnen ein Surrogat der Gewalt: das Rechtsgefühl, durch das die Unterworfenen sich selbst im Sinne der eingegangenen Verpflichtungen einordnen und aus dieser Einordnung eine Tugend, aus ihrer Verweigerung ein Verbrechen machen. Wo das den Unterworfenen Auferlegte deren elementaren Lebensnotwendigkeiten nicht Rechnung trägt — wie das etwa bei der Lage der Heloten in Sparta der Fall war — muß natürlich die Sicherung durch deren Rechtsgefühl ausbleiben, es kann sich kein Rechtsgefühl bilden, und das nackte Faustrecht regelt die gesellschaftlichen Beziehungen der beiden Klassen.

Dem Begriff der legalen Gewalt begegnen wir sehr spät in der Geschichte. Solange verschiedene und gegnerische Gewalten auf dem Rücken der Schwächeren um die Macht spielten, konnte er nicht aufkommen. Dieser Begriff lebt in denen, die die Gewalt erleiden. Wer sie ausübt, den interessiert es wohl, daß die andern sie als legal empfinden — das spart Kräfte und macht die Gehilfen williger; für ihn ist die Frage der Legalität eine Frage der Gewalttechnik, und juristische Begründungen kümmern ihn nicht.

Daß der einzelne alle Gewalt dem Staate delegiert und nur die staatliche Gewalt als legal empfindet, macht das Wesen des Staates aus. In der Feudalzeit gab es keinen Staat. Wenn die vom Staate ausgeübte Gewalt nicht mehr als legal empfunden wird, hat der Staat als Idee zu existieren aufgehört. Jede ihm entgegenstehende Gewalt steht dann rechtlich auf der gleichen Stufe, wie die seine, ethisch und im Volksbewußtsein kann sie höher stehen. Wo der Staatsapparat die Fähigkeit oder den Willen einbüßt, den Bürger vor anderweitiger Gewalt zu schützen, ersteht wieder das Recht des einzelnen auf Selbstschutz. Die Autorität, das ideelle Hoheitsgebiet des Staates, schrumpft zusammen. Im modernen Rechtsstaat wird die auf den Geleisen der Verfassung und der Gesetze abrollende Gewalt als legal empfunden; außerhalb dieser Geleise entbehrt die staatliche Gewalt genau so sehr der juristischen und ethischen Sanktion, wie die Gewalt des einzelnen oder außerstaatlicher Gruppen. Außer dem Verbrecher, dem meist die körperlichen und seelischen Voraussetzungen zur gesellschaftlichen Ein-



Schacht in Königsberg:
»Wir sitzen alle in einem Boot!«

ginnt, wo neben die Gewalt oder an ihre Stelle gewaltlose Mittel zur Lenkung des Menschen durch den Menschen treten. Mit dem Knüttel oder dem Schwert allein ist nie Geschichte geschrieben worden. Was die bloße physische Gewalt des einzelnen zustande bringt, ist ein kurzfasriges Gewebe. Sie verchlingt die Kraft des Tages und muß immer von vorne anfangen. Um ihren Wirkungen Dauer zu verleihen, muß sie Eindrücke in der Seele der Opfer zurücklassen.

Darum haben die Ueberlegenen ihren durch Gewalt erlangten Vorteil durch Organisation der Furcht konsolidiert. Vor allem wurde die Furcht vor dem körperlich Ueberlegenen verwoben mit triebhaften Angstzuständen der der Umwelt fast wehrlos preisgegebenen Kreatur, mit der Angst vor dem Tode, vor bösen Geistern usw. So stattete man den Ueberlegenen, über seine tatsächliche Gewalt hinaus, mit übernatürlichen Kräften aus und machte gleichzeitig aus der Unterwerfung nicht nur eine Notwendigkeit, sondern eine Tugend. Wer sich beugte, verhiütete nicht nur das Uebel

ausgenutzt wurde, um sich die besseren Waffen zu verschaffen, und vor allem, um sich Gehilfen und Untergebene zu sichern, was auch zur Technik gehört. Dadurch wird die Gewaltwirkung an ihrer Quelle vervielfältigt. Der persönliche Nimbus wird ausgenutzt, um den Machtwillen des Ueberlegenen auch durch die Köpfe und Muskeln seiner Gefährten zu leiten, die dadurch seine Mitarbeiter werden**). Der Stärkere kann für diese Dienste Entgelt gewähren. Die größere Kraft schafft ihm wirtschaftliche Vorteile und umgekehrt. »Wenn ich zwölf Hengste zahlen kann, sind ihre Kräfte nicht die meine?« So entsteht um den Stärkeren ein Interessenkreis, an dessen Erhaltung und Erweiterung andere freiwillig mitarbeiten. Die Gewaltwirkung wächst also weit hinaus über den Bereich der Körperkräfte des einzelnen. Die Waffentechnik steigert diese Wirkung dann ins Vielfausendfache.

Da aber die in den Uranfängen der Geschichte entstehenden Keime von Gewalt und Herrschaft noch wesentlich auf körperlicher Ueberlegenheit von einzelnen und

*) Dr. Flusser ist der Verfasser des wertvollen Buches »Krieg als Krankheit« (Verl. Paul Riechert, Heide in Holstein, 1932). Ich zitiere den Vortrag aus dem Gedächtnis; es ist mir nicht bekannt, ob er überhaupt im Druck erschienen ist.

**) Die größte Steigerung in der Ergiebigkeit der Gewalt wird durch die militärische Disziplin erreicht, bei der Nimbus und Technik ineinandergreifen und außerdem die Verantwortung meist völlig von der Ausführung getrennt bleibt. Folgenden krassen Fall physischer Vernichtung eines Menschen, trotzdem dieser das körperliche Uebergewicht über seinen Vernichter besitzt und bewahrt, berichtet der argentinische Staatsmann Sarmiento in seinem Buch »Facundo« (erschienen 1845). Der Bandenführer General Facundo Quiroga »gewart einen seiner Offiziere, der zwei streitende Soldaten mit einem Riemen schlägt. Er ruft ihn und richtet seine Lanze auf ihn. Der Offizier packt den Schaft, um sein Leben zu retten, beide ringen, bis schließlich der Offizier die Lanze in Händen hat und sie respektvoll aushändigt. Neuer Versuch, ihn zu durchbohren, neuen Ringen, erneuter Sieg des Offiziers, der wieder die Waffe zurückgibt. Facundo vorbeißt seine Wut, ruft Verstärkung, sechs Männer bemächtigen sich des athletischen Offiziers und binden ihn an das Eisengitter eines Fensters, wo Facundo den an Händen und Füßen Gefesselten mit der Lanze durchsticht, die ihm zweimal zurückgegeben worden war, solange auf ihn einsticht, bis er stirbt.«

ordnung fehlen, erfährt niemand die physische Gewalt des Staates am eigenen Leibe.

So sehen wir in der Geschichte die materielle Möglichkeit der Gewalt, gewissermaßen ihre Explosivkraft, beständig wachsen, während sie gleichzeitig im innerstaatlichen Leben sich immer weniger fühlbar macht. Die Rechtsphäre des einzelnen wird größer. Der Druck der öffentlichen Meinung, wirtschaftliche Gebundenheit, Gewohnheit, Erziehung, Aufdrängung einer Weltanschauung, die die Kritik des Bestehenden erschwert, körperliche Herabzuchtung durch Not und durch die geringere Behauptungsfähigkeit derer, die gegen den Strom schwimmen — dies und vieles andere erhöht die Freiwilligkeit der gesellschaftlichen Einordnung. Die Menschen sind leichter auf den Pfaden der Gesetzlichkeit zu führen, aber eine in der bisherigen Geschichte beispiellose Machtfülle liegt in den Händen des Staates.

Durch diese sich auf Andeutungen beschränkende geschichtliche Rekapitulation möchte ich dartun, daß es für die Arbeiterbewegung und die sozialistische Partei unmöglich — weil geschichtswidrig — gewesen wäre, sich der beiden parallel verlaufenden Entwicklungsvorgängen zu widersetzen, aus denen Ergebnis ihr jetzt in verschiedenen Ländern der Strick gedreht wurde: der Bildung einer mächtigen Zentralgewalt und des Legalitätssinnes der Massen.

Ehe nicht dem Faustrecht ein Ende bereitet war, konnte es keine Massenbewegung geben, ja, gab es eigentlich überhaupt keine Masse, da die Menschengruppen um die unzähligen Zentren gravitierten, bei denen sie Herrschaft und Schutz fanden.

Alle Kämpfe unterworfenen Schichten waren Kämpfe um Rechte, soweit sie nicht Ausbrüche bloßer Verzweiflung waren, von denen in der Geschichte nichts zurückblieb als Leichen, wie von den Sklavenaufständen im alten Rom und den Bauernrevolten des Mittelalters. Wer aber um ein Recht kämpft, kann den Boden der Gesetzlichkeit, auf dem jedes Recht ruht, nicht untergraben. Man denke an den Kampf der Plebejer im republikanischen Rom: sein Ziel waren klar umrissene Rechte, die vom Patriziat ausgeübt wurden und an denen die Plebejer teil haben wollten. Diese haben nicht zuerst den Boden der Gesetzlichkeit verlassen. Wer ihn verließ, waren die Patrizier, als es um die Neuverteilung des Grund und Bodens ging. Damals unterbrachen die Patrizier eine friedliche Wahlhandlung durch die Ermordung des Tiberius Gracchus und seiner Anhänger und führten damit die Gewalt in diesen politischen Kampf ein. Aber der Sieg, den die Plebejer errangen — dann sie erreichten ja die gesetzliche Gleichstellung der beiden Klassen — war mit rein gesetzlichen Mitteln, gleichsam aufsteigend auf der Leiter der Gesetzlichkeit, erzielt worden.

Ohne Gesetzlichkeit, ohne Normen, die im großen ganzen arterhaltend sind und im Rechtsgefühl der Bevölkerung Wurzel geschlagen haben, gibt es keinen Staat und auf die Dauer keine Gesellschaft. Wenn diesen Normen heute im Faschismus die wechselseitige Verbindlichkeit genommen wird — sie gelten nur für die einen und nicht für die andern — so handelt es sich um eine Abwehrstellung der privilegierten Klasse, bei der der Staat von seinem Nährboden, dem Rechte, abgegraben wird. Von ihm bleibt nur die Fähigkeit der materiellen Gewaltausübung übrig: sehr viel, aber auch sehr wenig. Ein Faustrecht der wenigen Bewaffneten gegenüber der wehrlosen Mehrheit, aber doch eben Faustrecht.

Die Kübel nachträglicher Weisheit und Geringschätzung, die heute die Kritik über die sozialistischen Führer in den besiegten Ländern ausschüttet, werden mehr durch Erbitterung und Enttäuschung als durch Geschichtskennntnis und Nachdenken herbeigeschafft. Konnte unsere Partei, die die menschliche und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse bessern wollte, dies erzielen, ohne in der Arbeiterschaft die Achtung vor Gesetz und Staat zu fördern? Konnte sie sagen: kämpft für den Achtstundentag, für das allgemeine Wahlrecht, für die Betriebskontrolle, für Geschworenengerichte usw., aber denkt daran, daß das alles mit einem Gewaltstreich der herrschenden Klasse wieder beseitigt werden kann? Selbst, wenn die Führer das als Ergebnis theoretischer Erwägungen und geschichtlicher Erfahrung hätten annehmen müssen, so hätten sie es nicht glauben können. Bei wem es lebendiger Glauben geworden wäre, der mußte konsequenterweise zu den Anarchisten übergehen. Ohne eine Hebung des wirtschaftlichen und rechtlichen Niveaus der Arbeiterklasse und ohne die Schulung, die im Kampf um diesen Aufstieg das Proletariat an Menschenwert bereicherte, wäre es nicht einmal zu einer sozialistischen Ideenwelt, geschweige denn zu einem Kampf um ihre Verwirklichung gekommen. Wenn also der Glaube an die Macht des Rechtes im Staate eine Illusion gewesen sein sollte, so war es eine notwendige und sogar eine heilsame Illusion.

Andererseits konnte die sozialistische Bewegung nicht daran denken, der physischen Gewalt des Staates die physische Gewalt des Proletariats entgegenzustellen. Bei der heutigen Waffentechnik, wo die Rüstung Millionen erfordert und Werkstätten, die sich nicht verbergen lassen, ist das ein hoffnungsloses Beginnen***). Es ist kindisch, wenn wir uns heute einreden, die Partei hätte die Gelegenheit zum Rüstern versäumt. Diese Gelegenheit hat sich ihr nie geboten, man wolle denn als solche Gelegenheit die — sehr fragliche — Möglichkeit eines Handstreichs ansehen, der die Staatsmacht in den Dienst einer Partei gestellt hätte, also den Faschismus mit sozialistischen Vorzeichen — nach meiner Ansicht das einzige, was noch schlim-

mer gewesen wäre als das, was über die geknechteten Völker hereinbrach.

Freilich zeigt das Beispiel der Agrarkämpfe im alten Rom, daß die herrschende Klasse ihre eigene Gesetzlichkeit verläßt, sobald es sich um für sie wesentliche Interessen handelt; die nordamerikanischen Justizmorde der Märtyrer von Chicago, Sacco und Vanzetti, Mooney und Billings und Hundert andere Fälle zeigen das gleiche. Man hätte also voraussehen können, daß am Vorabend des »die Hälfte plus eine Stimme« die herrschende Klasse sich auf die Gewalt besinnen würde.

Es ist tatsächlich von vielen vorausgesehen und in Wort und Schrift vorausgesagt worden. War es darum vermeidbar? Sind etwa alle unheilvollen Ereignisse in der Politik das Ergebnis von Fehlern, die unterbleiben konnten? Das ist der Standpunkt des Lesebuchs der Elementarschulen. Man braucht keine Cassandra zu sein, um voraussehen zu können, was man doch nicht wenden kann.

Freilich sehen wir rückschauend viele Fehler unserer Partei. Darunter dürfte aber nicht die ungenügende Eindeckung mit Handgranaten und Maschinengewehren sein. Eindeckung, die, wenn sie materiell und psychologisch möglich gewesen wäre, sich nicht gegen die Staatsgewalt, die schon vor der Machtübernahme auf Seiten der Gegner stand, hätte durchsetzen können. Daß wir der reaktionären Gewalt, der wir die Waffen nicht nehmen konnten, in Heer und Verwaltung so viele Handlanger gelassen haben, war vielleicht der größte Fehler der Partei. Wir haben die Mittelschichten nicht zu erfassen vermocht, auch

jene Teile nicht, in denen der liberale und fortschrittliche Geist fortlebte und die dem Faschismus ideell viel ferner standen als uns. Die Intellektuellen sehen sich heute in fast allen Ländern vor der Wahl, als »gelernte Knechte« in den Dienst der Reaktion zu treten, oder Not und Verfolgung auf sich zu nehmen. Daß wir die opferbereiten und freiheitsliebenden Elemente dieser Schichten durch die Fata Morgana einer den Worten nach antikapitalistischen Ideologie, die nicht die unsere war, haben anlocken und zum Narren halten lassen, ist in das Schuldkonto der sozialistischen Partei einzutragen, die mit der Golddeckung ihrer rein menschlichen Werte zurückgehalten hat, um das Papiergeld der Parteipolitik und der gegenwärtigen Klasseninteressen in Umlauf zu lassen. (Schluß folgt.)

***) Daß auch verhältnismäßig sehr große Summen nicht hinreichen, der Exekutive ein technisch ebenbürtiges Heer entgegenzustellen, ersieht man aus der Bergarbeiterbewegung in Asturien, vom Oktober 1934. Nach einem Artikel von Francisco Granonagne in der »Prensa« von Buenos Aires (10. Februar 1935) beliefen sich die Einnahmen der Gewerkschaft auf 20.000 Mitgliederbeiträge von 1.50 Pesetas wöchentlich, macht rund anderthalb Millionen im Jahr, wozu 3 Millionen Pesetas kamen, nämlich 25 Centimes pro Tonne Kohle, die der Staat der Gewerkschaft zuwies. Die Bergarbeiter sind trainierte, an Gefahr gewohnte Männer. Sie hatten außerdem Sprengmittel in beliebiger Menge zur Verfügung. Trotzdem waren sie den Zerstörungswerkzeugen des Heeres und der Polizei nicht gewachsen. — Interessant ist die Feststellung — in einem durchaus konservativen Blatt — daß keinerlei Sabotage in den Bergwerken vorgekommen ist.

Für Görings Hochzeit war Geld da

Aus dem Geschäftsbericht des Geschäftsführers der »Stiftung für Opfer der Arbeit« geht hervor, daß von mehr als 30.000 eingegangenen Gesuchen nur etwas mehr als 2000 berücksichtigt wurden. Ueber 28.000 Gesuche wurden abgewiesen und nur knapp 2000 Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Opfern der Arbeit wurde eine jährliche Rente von wöchentlich etwa — 4 Reichsmark zugewilligt.

Wenn Göring oder ein anderer Bonzo Hochzeit feiert, wird mit den öffentlichen Geldern nur so herumgeworfen.

Zuviel des Schlechten!

In der »Chemnitzer Tageszeitung« stellt einer, der offenbar nicht genug bekommen kann, diese Frage:

Reden. „Könntest du vielleicht durch Verbindung mit den dafür maßgebenden Stellen erwirken, daß alle bedeutungsvollen Ansprachen, die im Reiche gehalten werden, in der »Tageszeitung« in wörtlicher Rede erscheinen? Nicht jeder hat Gelegenheit, sie durch den Rundfunk zu hören. Und es ist doch so wichtig, daß diese Reden allen Volksgeschwistern zu eigenem Erlebnis werden. Meinst du nicht auch?« K. L.

Das ist selbst der »Chemnitzer Tageszeitung« zuviel! Obwohl sie »parteiamtliches Organ« ist, sagt sie dem Enthusiasten in vielzähliger Umschreibung, daß sie dann »so viele Seiten drucken« müßte, die du gar nicht an einem Tage durchlesen kannst. Reden ist Blech, denkt das »parteiamtliche« Organ und fährt fort: »Wir glauben, du wirst unseren Standpunkt verstehen!«

Da scheint also sogar die parteiamtliche Presse, die doch von »Amts wegen« Begeisterung heucheln muß, bereits die Rede- und Quaselinflation des »Dritten Reiches« reichlich über zu haben!

Aus Streichers Irrenhaus. Die »Fränkische Tageszeitung« meldet aus Neustadt an der Aisch (Bayern): »Auf Grund einer Verfügung vom 24. 6. 1935 hat das Staatsministerium des Innern auf Antrag der Kreisleitung der NSDAP Neustadt a. A. die Bestätigung des Bürgermeisters Gräbner von Schellert widerrufen. Der genannte Bürgermeister hat im vergangenen Jahre Geschäfte mit Juden gemacht. Er hat sich damit nicht nur das Ansehen in der Gemeinde, sondern in erster Linie auch das Vertrauen der politischen Leitung, die ihn im Jahre 1933 bestätigt hat, verscherzt. Seine durch das Staatsministerium verfügte Absetzung möge eine Warnung sein für alle, die da glauben, den Zielen des Dritten Reiches entgegenarbeiten zu können.«

Völkerbundstatut

(Entwurf Mussolini—Hitler.)

Paragraph 1.

a) Jeder Staat hat das unverbrüchliche Recht auf Sicherheit und Schutz seiner Grenzen.

b) Größere Staaten haben außerdem das Recht der Expansion auf Kosten der kleineren.

Paragraph 2.

a) Internationale Streitigkeiten werden auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit geregelt.

b) Ein Land, das mit dem Schiedsurteil nicht zufrieden ist, darf Krieg führen.

Paragraph 3.

a) Einem angegriffenen Land hat jedes andere gegen den Friedensbrecher zur Hilfe zu kommen.

b) ... falls dieses nicht zulässig sein Bundesgenosse ist oder es angemessen an der Beute beteiligt.

Paragraph 4.

a) Während des Laufes eines Schiedsverfahrens haben alle militärischen Operationen zu unterbleiben. ...

b) ... solange sie durch Regenperioden und andere Wetterumstände ohnehin verhindert werden.

Paragraph 5.

a) Alle Staaten schließen miteinander einen Pakt, durch den der Krieg für unmoralisch erklärt und der Angreifer sittlich geächtet wird.

b) Dieser Pakt hat aber nur moralische Bedeutung.

Paragraph 6.

a) Geheime Rüstungen sind strengstens verboten.

b) Sobald sie beendet sind, werden sie den übrigen Mächten mitgeteilt und in der Form von Rüstungsabkommen legalisiert.

Paragraph 7.

a) Kein Land darf seine Ansprüche gegen ein anderes mit Gewalt durchsetzen.

b) ... es sei denn, daß dieses sich gegen bloße Drohungen unnachgiebig zeigt.

Paragraph 8.

a) Abgeschlossene Verträge dürfen nicht einseitig aufgesagt werden.

b) Dies gilt jedoch nicht, wenn das nationale Interesse das Umgekehrte verlangt.

Paragraph 9.

a) Alle Beschlüsse und Anordnungen des Völkerbundes müssen befolgt werden.

b) Wenn sie nicht passen, der kann mit dreitägiger Kündigung austreten und kann dann tun, was er will. Muckli.

Der geschändete Geber

Als das Bad, von dem hier die Rede sein soll, eingeweiht wurde, da rühmten die Stadtväter den großherzigen Stifter und der deutschnationale Oberbürgermeister pries ihn als Vorbild aller sozialen Tugenden, dessen Geschenk für alle Zeiten ein Zeichen hoher, edler Gesinnung und also immer mit seinem Namen verbunden sein werde.

Die gewaltige Anlage mit dem riesigen Wasserbecken ist unbestritten das schönste, größte Freiluftbad der Stadt samt seiner Umgebung. Zwischen zwei grünen Parks gebettet, im Innern der Stadt liegend, mit freiem Blick über einen großen Sportplatz, mit Duschen, Kabi-

nen, Terrassen zum Sonnen, mit Rasen und Sand, bietet es jährlich hundertausesenden Kindern und Erwachsenen erfrischende, saubere Erholung. Die Benutzung ist billig, handelt es sich doch, wie gesagt, um eine Stiftung, um die Schenkung eines jüdischen Bankiers. Er wollte damals, nach dem großen Kriege, dem verarmten Volke ein Bad schenken, benutzbar für die Minderbemittelten, von allen Stadtteilen her leicht zu erreichen, ein nobles Volksbad im nobelsten Bezirk. Wenig Städte gibts, die in solcher Lage ein solch erlesenes Massenbad aufweisen können. Im Sommer ist es täglich von hunderten nackten spielenden Körpern belebt.

Von Anfang her stellten die meisten Besucher der Troß höherer Schüler und jene Leute, die nachmittags Zeit hatten. Ein Publikum also, das von der Naziwelle am raschesten erfaßt wurde. In ihren Rücken steckten antisemitische Zeitungen, abends brüllten sie in den Versammlungen des Hakenkreuzes: Juda verrecke! Tagsüber tummelte sich dasselbe Gesindel freudig und ungeniert in dem vom Juden gestifteten Bade. Die Krise kam, Reichsbannerzüge marschierten im sommerlichen Abend oder Sonntags längs der Straße am Bade vorbei, grau unterernährte Kolonnen in zerlöchernten Stiefeln und Windjacken, unbeirrbar für die Demokratie demonstrierend. »Judenknachte!« brüllte ein gutgefütterter Chorus aus dem Volksbade des jüdischen Bankiers. Welch eine sittliche Kluft, welch ein moralischer Unterschied klafften schon damals zwischen dem Lager des Hakenkreuzes und dem der drei Pfeile! Hätte man jenen Anhängern der Hitlerschen Erneuerung damals das Unwür-

dige, Charakterlose ihres Gehabens entgegengehalten, sie hätten in der verlogenen Phrasologie ihrer Nazipresse geantwortet: Mit dem Bad hat der jüdische Kapitalist dem Volke nur einen Teil dessen zurückgegeben, das er ihm geraubt. ... Daß aber die anderen »arteigenen« völkischen Großverdiener nichts zurückgeben — welcher Nazist wird so scharf nachdenken!

Glücklicher Besitzer dieses Bades ist die Stadt Dresden. Der Stifter, Geheimrat Georg Arnold, ist gestorben. Lebte er, so wäre ihm heute der Besuch seines eigenen Bades verwehrt, denn in Dresden ist Juden, wie in anderen deutschen Städten, der Zutritt zu den Gemeindebädern verboten. Wie mancher jüdische Bürger hat Stiftungen gemacht, die heute alle, nur seine engeren Volksgenossen nicht genießen dürfen!

Es ist ein gemeines Beispiel für viele. Selbst der Tote, dessen Großherzigkeit einst die gesamte Presse der Stadt besang, wird bestohlen und betrogen, denn er hat sein Bad der Gemeinde vermacht, damit es allen, ohne Unterschied des Standes und der Herkunft zugute komme. Der Titel Arnoldbad wurde gestrichen, Güntzowenbad heißt es heute. Für jenen Teil des Volkes, der noch Sinn hat für Sauberkeit und Gerechtigkeit, bleibt es das Arnoldbad. Man könnte ja dies Naturdenkmal jüdischer Heimatliebe dem Erdboden gleichmachen, um die fatale, sichtbare Erinnerung zu tilgen. Aber dafür ist das Geschenk dem Volke zu wichtig und zu kostbar, also schänden die Braunen den Toten lieber im Grabe. Denn Gold stinkt diesem Gesindel nur, wenns zu wenig ist.

Arnolds Kinder und Enkel aber müssen

Die Judendirne

Der Fall kam durch einen umgeworfenen Kerichtimer ins Rollen, oder — genauer gesagt — der Elmer kam ins Rollen und verstreute seinen Inhalt auf die Treppe. Dies aber wäre nicht geschehen, wenn nicht das einundsechzigjährige Fräulein — Fräulein, jawohl! Endrikat in der Dunkelheit gegen den Elmer gestoßen und gefallen wäre, und es wäre nicht dunkel gewesen, wenn die Besitzerin des Elmers, die dreiundsechzigjährige Frau Wirspinski, rechtzeitig die Podestbeleuchtung angezündet hätte.

Daher erhob sich — zugleich mit der gefallenen Einundsechzigjährigen — die schwierige Rechtsfrage, wer die Treppe von den Folgen des Unfalles zu reinigen hätte. — eine Frage, über die Fräulein Endrikat und Frau Wirspinski sich trotz angeregtester Diskussion nicht einigen konnten.

Obwohl beide Disputantinnen die Richtigkeit ihrer Rechtsauffassung durch zahlreiche Ausdrücke wie »Schlampe, Miststück, alte Ziege« und ähnliche unter deutschen Frauen übliche Gattungsnamen belegten, hätte das nicht ausgereicht, um ihren Streit in die Sphäre der staatspolitischen Belange im Geiste des völkischen Umbruchs emporschieben. Dies geschah erst, als Frau Wirspinski mit einer Stimme, deren Kreischen noch der Schuster Maruske in seiner Kellerwohnung deutlich vernahm, ihrer Gegnerin das ominöse Wort entgegenschleuderte: »Judendirne!«

Solchen Schimpf war die Endrikat als deutsche Frau — vielmehr als deutsche Jungfrau — nicht gesonnen, auf sich sitzen zu lassen. Noch an Ort und Stelle schwur sie in einer Tonhöhe, um die sie von der seligen Mailbran beneidet worden wäre, daß ihre Verleumderin ihre Worte vor Gericht beweisen müssen; was diese mit Hohnlachen beantwortete.

Im Termin erschien die Endrikat mit einem Anwalt, im Hauptberuf Amtswalter der NSDAP, der den Auftrag hatte, eine exemplarische Strafe — möglichst Zuchthaus — gegen die Wirspinski zu erwirken. Aber auch die hatte einen Rechtsanwalt mit Hakenkreuz auf der Robe, der in schneidigem Ton erklärte: »Meine Partei tritt den Wahrheitsbeweis in vollem Umfang an.«

Etwas befremdet schauten die Richter nach der dünnen Gestalt der weißhaarigen Klägerin. Der Tatbestand, fuhr der Anwalt fort, den seine Mandantin im Auge gehabt habe, liege zwar um etwa vierzig Jahre zurück, sei aber gleichwohl ein erschütternder Beleg für die Ehr- und Pflichtvergessenheit der Klägerin in rassistischer Hinsicht. Man solle seine Mandantin aus ihrer eigenen Kenntnis erzählen lassen.

Die erzählte, Mit einer Flüssigkeit, die kein väterliches Mahnen des Vorsitzenden zu hemmen mochte. Man erfuhr unter anderem von einem Schirm, der seit einem Besuch der Klägerin spurlos verschwunden war, von einem Onkel Butschke, der »die Zuchthausmauern mit dem Rockärmel gestreift hatte«, von einem dreißig Jahre zurückliegenden Ver-

such des klägerischen Fräuleins, der Beklagten ihren Ehegatten abspenstig zu machen. Aber nach und nach schälte sich doch der Sachverhalt heraus: Die Mutter der Endrikat hatte als Witwe vom Zimmervermieteten gelebt. Um das Jahr 1895 hatte sie an einen Juden, einen gewissen Levy, vermietet gehabt und zu dem habe die damals etwa zwanzigjährige Klägerin ein unsittliches Verhältnis unterhalten.

Die kreischte Entrüstung, ihr Anwalt verlangte von der Beklagten Auskunft, woher sie das wisse.

»Sowas merkt man. Gott sei dank«, flötete es zurück.

»Wir benennen außerdem Zeugen«, sekundierte ihr Anwalt. Und er tat so.

Das Gericht verkündete Vertagung. Zum neuen Termin seien die Zeugen zu laden.

Ueber die Verhandlung brachte das Parteiblatt der NSDAP, der »Urige Recke«, einen ausführlichen Bericht. Schon am nächsten Tag konnte die Endrikat beobachten, wie man ihr auswich. Wo sie doch mit einem Juden zu tun gehabt hätte, sagte die Schusterfrau Maruske. — Das solle doch gerade erst bewiesen werden. — Nu, sie druckens doch aber. . .

Die Klägerin hatte die Stimmung gegen sich. Der gesunde Instinkt des Volkes, auf den es im nationalen Staat ankommt, verlangt zu jeder Beschuldigung auch einen Schuldigen. An einer Entlastung der Klägerin hatte die artbewußte Phantasie gar kein Interesse, nur die Enthüllung einer möglichst kompromittierenden Schamlosigkeit konnte die erwartungsvolle Schadenfreude sättigen.

Im neuen Termin war die Klägerin ersichtlich zur Beklagten geworden. Im überfüllten Zuhörerraum hatten SA und Hitlerjugend Platz genommen und begleiteten jede Äußerung gegen sie mit Beifall und Gelächern.

Seltam mutete der Aufmarsch der weißhaarigen Zeugen an. Beim Aufruf erlebte die SA eine Enttäuschung. Der Jude Levy, mit dem sie nach der Verhandlung einen Prangeraufzug veranstalten wollte, hatte es vorgezogen, bereits vor zehn Jahren, wie der Vorsitzende witzig bemerkte, sich in Abrahams Schoß zu flüchten.

Mit dem Fortfall des Hauptzeugen schien aber auch der Tatbestand unentwirrbar. Die meisten der aufgerufenen Alten erklärten ängstlich, sich an nichts mehr zu entsinnen. Ein Achtundsechzigjähriger mit schwarzweißem Band im Knopfloch verkündete mit Ernststimme: Er habe die Klägerin mit dem Levy im Kino beobachtet. Der Jude sei ihm aufgefallen, weil er mit listernem Grinsen jedesmal, wenn es dunkel wurde, der Klägerin unter den Rock gegriffen habe.

»Ich stelle fest: Im Jahre 1895 hat es noch gar keine Kinos gegeben«, triumphierte der Anwalt der Klägerin.

Der Zeuge blieb unerschütterlich: »Unter die Röcke gegriffen hat der Jude ihr doch!« Die SA und Hitlerjugend wieberten Beifall. Eine Zeugin, die Dienstmädchen bei der

Mutter der Endrikat gewesen war, beklundete: »Sie haben was miteinander gehabt — Ob sie etwas gesehen hatte? — Direkt nichts. Aber der Jude habe sich — im Gegensatz zu andern Mietern — nach ihr, der Zeugin, niemals umgesehen. Natürlich, wo er was bessers im Hause hatte!«

Eine grauhaarige Schullehrerin, alte Kämpferin für die NSDAP, machte die gravierendste Aussage. Sie hatte, als vierzehnjähriges Schulmädchen, seinerzeit die beiden — engverschlungen! — am Abend in den Park gehen und auf einer Bank platznehmen sehen. Sie konnte den Tag nicht mehr angeben, auch nicht, was die beiden angehabt, wo die Bank gestanden hatte: »Aber das Bild, Herr Vorsitzender, ist mir unvergänglich; der schmatzende Judenjunge mit den lustern glühenden Augen und das blonde deutsche Mädchen. . .«

»Die Klägerin hat früher braunes Haar besessen«, warf deren Anwalt ein.

Die Zeugin spitzte den Mund: »Blond oder Braun, Herr Anwalt, das mindert die Rassenchande nicht!« — Die SA-Stiefel im Zuhörerraum dröhnten Beifall.

Der Anwalt der Klägerin unternahm noch einen verweifelten Entlastungsversuch. Er schlug eine Blutuntersuchung seiner Klientin vor. Da ja der Umgang mit Juden dauernde Veränderungen an deutschen Frauen bewirke, die sie zur Hervorbringung artreinen Nachwuchses lebenslanglich untauglich machten, so müßten solche gegebenenfalls im Blut der Klägerin nachweisbar sein.

Hier beging sein Gegner eine Unvorsichtigkeit. Er sagte: »Ammenmärchen.«

»Herr Kollege, wollen Sie Lehren des Gauleiters von Franken für Ammenmärchen erklären?« flammte der andere.

Das Gericht zog sich mit Geschick aus der Affäre. Es lehnte den Beweisantrag ab: Streichers Lehre sei unzweifelhaft richtig, aber zum Nachweis der eingetretenen Blutveränderung sei eine Probe des Blutes erforderlich, daß die Klägerin vor vierzig Jahren besessen.

Das Urteil lautete, wie erwartet, auf Freispruch der Beklagten. Zwar sei, führte der Vorsitzende aus, ein Verhältnis zwischen der Klägerin und dem Juden Levy nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen, jedoch habe die Beklagte in gutem Glauben und im Geiste Adolf Hitlers gehandelt. Sie habe mit dem Ausruf »Judendirne« nur dem gesunden Abscheu des Volkes gegen jedes der Rassenhäre abträgliche Verhalten Ausdruck verliehen.

Gestümpert verließ die Klägerin den Gerichtssaal. Aber sie kam nicht weit. Draußen nahmen SA und Hitlerjugend sie in Empfang, hingen ihr ein Schild um, auf dem stand: »Seit vierzig Jahre hure ich nur mit Juden, und führten sie durch die Stadt.«

Unterwegs fielen ihr zwei Dinge ein.

Einmal, wie sie, die sonst nie im Leben zu einer Wahl gegangen war, im Jahre 1932 zum erstenmal gestimmt und — natürlich — ihre Stimme Hitler gegeben hatte, weil die Maruske ihr versichert, sie käme dann ihre in der Inflation verlorenen achthundert Mark zurück.

Und dann mußte sie an die Zeit vor vierzig Jahren denken: Wie sie morgens, wenn sie dem Levy seinen Kaffee brachte, ihm manchmal Augen gemacht, er aber gar nicht darauf geachtet hatte, denn er war verlobt und heiratete einige Wochen später. Es hatten sich auch sonst nicht viel Männer nach ihr umgesehen, sie war eckig und spitz gewesen. Aber von dem Levy, das hatte sie gekränkt. Um sich zu rächen, hatte sie ihren Freundinnen Andeutungen gemacht, als ob er um sie werbe, sie ihn aber abweise, unglückseligerweise auch zu der Wirspinski, — das Ass hatte das im Gedächtnis behalten.

Aber über den Levy hatte sie sich gekränkt und kränkte sich noch, denn seinetwegen mußte sie sich jetzt verhöhnen lassen, — und sie hatte nicht einmal etwas davon gehabt. — Der Führer hatte doch recht: An allem Unglück waren allein die verdammten Juden schuld! Muckl.

Popularität

Die Panne bringt es an den Tag . . .

Der »Angriff« schreibt entsetzt über folgenden, aufschlußreichen Vorfall:

»In Oberwoellstadt im oberhessischen Kreis Friedberg verunglückte mit seinem Wagen am 1. Juli der Stellvertreter des Landesstellenleiters des Reichspropagandaministeriums Pg. Müller mit Begleitung während einer Dienstreise und war gezwungen, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen.«

Die sich in größerer Zahl an der Unfallstelle eingefundenen Bewohner des Ortes antworteten jedoch auf die wiederholten Bitten um Unterstützung mit Drohungen und gemeinsten Beschimpfungen gegen die Verunglückten. Man versuchte Erpressungen und begann sogar Pg. Müller und seine Kameraden nach Geld zu untersuchen, bis es schließlich einigen einsichtigen Männern gelang, die Bedrohten in das Haus eines Ortsebewohners zu bringen und Hilfe herbeizurufen. Nach abgeschlossener Untersuchung des Sachverhalts hat nunmehr der Reichsstatthalter in Hessen als Chef der hessischen Landesregierung angeordnet, daß drei der als Haupttätersführer festgestellten für längere Zeit nach Dachau überwiesen werden, um sie zu anständigen Menschen zu erziehen (!).

Bezeichnend aber ist diese besondere Art von Menschenfreundlichkeit für den fast durchweg katholischen Ort, dessen politische Geschichte genügend Aufklärung über den dort geübten Sozialismus gibt, der für seine Nächstenliebe anscheinend Preise und Tarife kennt.«

Die Panne bringt es an den Tag, wie »populär« die Systembozzen sind!

Die Ahnungsvollen

»Brüder, was bleibt von unserer Zeit?

Runen, die leuchten in Ewigkeit!
Unsere Leiber werden vergehen,
Werden als Staub in die Winde wehen,
Unsere Lieder werden verklingen,
Anders werden die Kommenden singen.
Unsere Gebärden und unsere Worte
Schluckt des Vergessens mächtige Pforte. . .«

(Aus dem »Schwarzen Kopfe«).

Sie ahnen doch schon etwas — !

um das Bad einen großen Bogen machen. Können sie ihrem Familiengeschenk allzu nahe, so könnten sie niedergeschlagen, angeprangert oder im Zuge durch die Stadt geschleift werden. Mit einem Schilde um den Hals: »Ich fremdrußiger Schädling vermaß mich, die große Stiftung zu beschädigen, die mein Vater den Armen unserer Heimatstadt vermachte!« B. Br.

Der Horizont wird enger!

Flucht in die Landschaftsschilderung — Literatur rund um den Dorfturm

Die weitaus meisten neudeutschen Dichtlinge versuchen krampfhaft, ihr mangelndes Talent durch die Betonung von Blut und Boden zu ersetzen. Sie berufen sich auf die »Heimat«, der sie entsprossen sind, sie schildern breit die — womöglich bäuerliche — Behäbigkeit ihrer Vorfahren, sie frisieren ihre mangelhaften Erzeugnisse als »Heimatdichtungen« und erreichen es auf diese Weise, daß wenigstens die engsten Landsleute sich verpflichtet fühlen, das »Kind der Landschaft« zu fördern.

Das wird selbst einigen gleichgeschalteten Kritikern zuviel, und hier oder da wirft einer die Frage auf, ob denn die »Einkünfte des Reiches« nicht endlich von der Provinzliteratur weg zu größeren Schöpfungen führen werde. So lesen wir in Nr. 218/19 der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« unter der Überschrift »Literarische Kleinstate« die folgende Klage:

»Wir sehen eine sich stetig verstärkende Aufspaltung des dichterischen Erlebens in kleine, immer kleinere Bereiche, eine Atomisierung des deutschen Geistes, die Aufkreuzung des gesamtdeutschen Hor-

izontes in Horizontföhen durchaus räumlicher Abgrenzung. Schon ist es soweit gekommen, daß für einen wesentlichen Teil der Dichtung unserer Tage die Bezeichnung »deutsch« fast nur noch als beiläufiger Oberbegriff gilt, wie es für manchen bundesstaatlichen Bürger vor 70 Jahren die Reichszugehörigkeit war. Eifriger denn je geht die lobpreisende Rede um Dichter des östlichen, nördlichen, nordwestlichen und anderen deutschen Raumes. Ja, man schreitet bewußt und betont zu weiterer Unterscheidung, bald wird es nur noch mittel-, süd- und oberrheinische, alemannische, unter und oberfränkische Dichter geben und so fort. . . Die Unterscheidung nach landschaftlichen Standpunkten droht zum literarischen Programm, zur Forderung, zum Maßstab der Wertung zu entarten. . . Das würde dazu führen müssen, daß schließlich kein in der Dichtung gestaltetes Erlebnis über den abendlichen Schattenkreis des autochthonen Dorfturms hinausgreift.«

Will vielleicht die Deutsche Allgemeine Zeitung, die immerhin in Berlin erscheint, behaupten, daß sie selbst über den Dorfturm hinausgreifen darf? Hat sie die Gesetzmäßigkeit des Vorganges wirklich noch nicht anerkannt? Die Gesetzmäßigkeit, die darin liegt, daß hinter Gitterstäben der Horizont enger wird?

Karikaturen

Die Fratze des Dritten Reiches.

»Liebe deinen Nächsten — daß die Felsen fliegen, lautet der Text zu einem Simpl-Bild, auf dem die neue deutsche Religion konterföit wird. Dieser Spruch könnte das Motto des Sammelbandes sein, den der Simpl-Verlag, Prag, neuerdings der Welt vorlegt. (Preis K 8.—). »Juden, Chri-

sten, Heiden im Dritten Reich.« die Anprangerung dieses müßigen, untätigen, gedankenlosen Zuschauers fordert. Die Künstler dieses Heftes haben für ihren Kampf mancherlei Opfer gebracht. Nicht immer und nicht überall dort, wo man es hätte erwarten dürfen, wurde dieses Wirken richtig verstanden. Aber die faschistische Barbarei wird einmal untergehen und eine nicht zu ferne Zukunft wird in diesen Blättern den Widerschein eines tapferen und notwendigen Kampfes für die Menschlichkeit erkennen. Gregor.

Es ist erreicht

In dem nationalsozialistischen Amtsblatt »Preußische Zeitung« lesen wir eine Triumpfmeldung:

Die Kohlenhandlung Brennstoff-Vertrieb G. m. b. H., Junkerstraße 8, gibt uns in Erwiderung auf unseren Artikel in der Sonntagsausgabe vom 21. Juli folgende Erklärung ab: 1. es wird versichert, daß es bisher beschäftigte, jüdische Provisions-Vertreterin, Frau Frieda Sturmman, entlassen ist, und daß die Geschäftsleitung sowie auch sämtliche Angestellten des Betriebes rein arisch sind. Das Vaterland darf wieder mal als gerettet gelten.

Die verfluchte Pansderei!

»Es gibt nichts Wertvolleres für ein Volk als sein Blut. Wenn man schon Milchpanscher ins Gefängnis steckt, was verdienen dann wohl jene gewissenlosen Kreaturen, die mit dem Blute panschen, das ihnen ihre Väter und Großväter in die Adern gegossen haben?« (Aus dem »Schwarzen Korpe«).

Die Schipperkrankheit - Eine Segnung des Systems

Die Arbeitskrüppel des Dritten Reiches - Volksgesundheit und Diktatur

Es mehren sich in der zwar auch streng gleichgeschalteten, aber in ihrem besonderen Fachgebiet doch auch mangelhafter als die Tagespresse kontrollierten und schikanierten ärztlichen Fachpresse Hitlerdeutschlands die Klagen über die großen und ständig wachsenden Schädigungen, welche der Betrieb der braunen Diktatur der Volksgesundheit zufügt. War es vor einiger Zeit in der »Deutschen medizinischen Wochenschrift« die sportärztliche Beratungsstelle an der Universität Bonn, die auf die massenhaft auftretenden Fuß- und Beinleiden in der deutschen Bevölkerung, einschließlich der weiblichen, hinwies — jene dem Soldaten allzu bekannten »Marschleiden, die als Knick-, Senk- oder Plattfuß, als eitrige Fußblasen oder Sehnenzerrung und Verstauchung zur Strafe für überstrapazierte menschliche Bewegungsorgane auftreten und die im Dritten Reich jetzt eben das Nachspiel zu den allsonntäglich stattfindenden Paraden, Aufmärschen, Spalieren, »Führer«-Besuchen usw. darstellen, so alarmiert jetzt dieselbe Zeitschrift ihre Fachleser damit, daß in Deutschland die »Schipperkrankheit« sich häuft! Es ist der Leiter und Chefarzt des Gladbecker Krankenhauses, Dr. med. Koepchen, der immerhin die Zivilcourage als Mediziner aufbringt, zu sagen, was er, der Arzt, dem an seiner begrenzten Stelle mindestens zahlreiche Erkrankte zur Behandlung vorgeführt wurden, vorgefunden hat — auch wenn das in die Duld- und Suchhalterstimmung der Göbbelspropaganda geradezu paßt wie die Fastenpredigt am Kirmestag. Im kleinen Gladbeck, sicherlich nicht dem bedeutendsten Ort des großen Ruhrgebietes, gibt es nach Dr. Koepchen bisher allein schon 25 »Schipperkranke«, die ohne Erfolg behandelt wurden. Von einer benachbarten Großstadt will der Gewährsmann wissen, daß dort in letzter Zeit über 50 gleiche Fälle festgestellt wurden. Bei einer Infektionskrankheit, einer Grippe oder einem Typhus, würde man das mit Recht als eine schon schlimme Epidemie bezeichnen! Reichlich naiv, den ganzen unpolitischen deutschen Pfahlbürger charakterisierend, ist freilich die weitere Bemerkung des Autors im selben Atemzug: »Auffallend ist, daß in den sonstigen Nachbarbezirken, soweit ich es übersehen kann, die Dinge (!) bisher nicht zur allgemeinen Kenntnis der Aerzte gelangt sind...« Wirklich nicht? Es wäre doch gar zu seltsam, daß das, was sich in Gladbeck unter bestimmten biologischen und sozialen Verhältnissen ereignet, in Unna oder Oberhausen unter genau denselben Umständen ausbliebe! Wie wäre es, wenn sich der Herr Chefarzt entsinnen würde, daß man ja schließlich im Dritten Reich lebt, wo noch viel mehr verschwiegen oder vertuscht wird, als so ein bißchen »Schipperkrankheit«. Ist Herr Dr. Koepchen und seinen Kollegen in den Nachbarbezirken etwa schon die Ursache des Reichstagsabbrandes, die genaue Totenliste vom 30. Juni, die wirkliche Zahl der Opfer von Reinsdorf »zur Kenntnis gelangt«?

Was ist um die hitlerdeutsche »Schipperkrankheit«? Der Herr Dr. med. mag selbst, wie er es aufgeschrieben hat reden:

»Seit etwa Oktober 1934 beobachte ich ein mir bis dahin unbekanntes Krankheitsbild. In meiner Eigenschaft als Vertrauensarzt der hiesigen Ortskrankenkasse wurden mir in steigender Anzahl Patienten zur Beurteilung ihrer Arbeitsfähigkeit überwiesen, die immer dieselben Klagen, die gleichen Symptome und anscheinend auch die nämliche Veranlassung für die Entstehung ihres Leidens aufwiesen. Unter der zuerst meist noch mit einem Fragezeichen versehenen Diagnose Myalgie oder Neuralgie kamen Leute zur Beurteilung, die nach kurzer Tätigkeit auf der hier vorüberführenden, im Bau befindlichen Reichsautobahn erklären, nicht mehr weiter arbeiten zu können, obwohl der Wille dazu unzweifelhaft vorhanden war. Bei näherem Zusehen ist die Gleichartigkeit und Uebereinstimmung in den Symptomen derart frappant, daß eine Simulation von vornherein ausgeschlossen war, ganz abgesehen davon, daß die abgebauten arbeitsgewohnten ehemaligen Bergleute des hiesigen Bezirkes zu solchen Machenschaften nicht neigen.«

In ein paar nüchternen Doktorssätzen wird hier eine ganze soziale Tragödie enthüllt — das Elend jener Erwerbslosen, denen die Demagogie Hitlers bekanntlich »Arbeit und Brot« verspricht! Reichsautobahnen mit strategischem Hintergrund — baut man sie etwa nur bei Gladbeck? Und wenn nicht, dürfte anderswo, ob im Rheinland, ob in Pommern, das Ausbeuter- und Antreibersystem der braunen Fronvögte, das solche »Dinge« (sagt der Arzt!) vorschuldet, mäßiger sein? Die »Schipperkrankheit« ist also wohl eine nationale Angelegenheit, nun einmal mit dem berühmten »Aufbruch der Nation« unter

Hitler schicksalhaft verbunden! Sie dürfte sogar ehemalige Bergleute weit weniger anfallen, als Erwerbslose aus anderen Berufen. Freilich, ihr Name ist schon etwas älter als die Hitlererei. Sie wurde, vereinzelt, bereits beim Bau des Nord-Ostsee-Kanals beobachtet und damals so getauft. Die noch nicht entwickelte medizinische Röntgentechnik verhinderte jedoch zu jener Zeit, daß ihr Wesen erkannt wurde.

Was weiß man heute von ihr (der Verfasser fügt seinem Alarmartikel eine Röntgenaufnahme eines Erkrankten bei)? Er schreibt:

»Es handelt sich (bei den Erkrankten) um sogenannte langfristige Erwerbslose. Sie sind etwa 1930 im Bergbau wegen Absatzmangels abgebaut und haben nachher keine andere Arbeit gefunden. Ihre jetzige Arbeit (bei der Reichsautobahn) besteht in Ausschachtungsarbeiten, die täglich acht Stunden zu leisten sind. Das losgehackte Erdreich wird mit der Schippe in Waggons oder sogenannten Loren verladen. Nach Angabe der Leute haben die zu beladenden Wagen eine verhältnismäßig hohe Seitenwand, so daß die Erde mit kräftigem Schwung in die Höhe zu werfen ist.

Schon die ersten Arbeitstage haben die Leute sehr angestrengt. Es wird das aber nicht beachtet, weil man sich sagt, daß die ungewohnte Arbeit natürlich zunächst mehr wie sonst ermüden müsse. Dann hat man plötzlich, meist beim Hochwerfen des Erdreichs, einen »Knacks« zwischen den Schulterblättern verspürt, der mit heftigstem Schmerz verbunden war und das Weiterarbeiten einfach unmöglich machte. Die Leute können für die nächsten Tage die Arme und den Kopf kaum bewegen, jedes Arbeiten ist völlig unmöglich und vermehrt den Schmerz, so daß ihnen fortan sogar beim An- und Auskleiden geholfen werden muß. Die geklagten Rückenschmerzen lassen nach Tagen etwas nach, sollen aber noch lange Zeit in ziemlicher Stärke fortbestehen. Ebenso wird die Bewegungsfähigkeit in den Armen und die Steifigkeit des Nackens erst langsam besser.

Was ist also dem Anfälligen passiert? Nun, nur ein — bössartiger Knochenbruch. Der Fachausdruck heißt: »Abrissfraktur der Dornfortsätze«. Dr. Koepchen beschreibt weiter: »Fast jedesmal ist der 7. Halswirbel beteiligt. Oft noch 1 oder 2 Wirbel darüber. Und trotzdem stellt der Arzt zum Schluß fest: »Es ist abzuwarten, ob daraus eine

Dauerschädigung resultiert und was therapeutisch zu machen ist« (!!!)

Es ist abzuwarten... Welch ein Trost für die Beteiligten! Der »Führer« läßt sich eine Lustjacht mit allen Schikanen bauen. Der Göring wühlt in geschenkten Diamanten und fuchelt mit einem goldenen Ehrensäbel. Der Mackensen kriegt eine Domäne gleich fertig geliefert. Und Du, unbekannter Soldat des Dritten Reiches —? Die begründete Aussicht, Dauerbeschädigter, also Krüppel zu werden — und zwar als Belohnung für Deinen Hunger — hast Du, wie Du siehst, im Dritten Reich schon vor dem Krieg, auf den es sinn!

Selbst der nüchterne und wahrscheinlich höchst systemtichtige Arzt sieht die ganze Tragik dieses Alltags im Dritten Reich:

»Die Leute waren froh, nach jahrelanger Untätigkeit wieder in Arbeit und Brot gekommen zu sein und erleben nun eine schmerzliche Enttäuschung. Statt neuer Arbeit Schmerzen und Krankheit!«

Erinnert sich vielleicht einer der Arbeitsbeschaffungsprogrammatiker Hitlers daran, daß es die »korrupten« sozialistischen Gewerkschaften waren, die schon in den ersten Anfängen dieser Sorte von »Abschaffung der Erwerbslosigkeit« (und die Anfänge liegen ja schon in der Brüningzeit, bis dann freilich Hitler aus den ersten Improvisationen jenes moderne Pharaonensystem der Ausbeutung und des Menschenverschleißes machte, das der Bank- und Börsenfürst Schacht zu Nutz und Frommen jedes Tiefbauunternehmers und jedes Lastwagenbesitzers in Deutschland finanziert) widerrieten, weil sie die ganze Problematik der Angelegenheit, grade auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht richtig genug erkannt hatten. Nun ist die große Enttäuschung mit Schmerzen und Plüchen da. Aber gilt das nur für die »Schipperkrankheit«? Wir glauben: An einer seelisch vertieften »Schipperkrankheit« leiden bereits seit zwei Jahren mindestens alle die Deutschen, die nicht gerade in eines der zwanzig oder dreißig Armeekorps gutbezahlter Hitler-Bonzen eingereiht sind. Das sind dann freilich immer noch einige stöbzig Millionen enttäuschter deutscher Menschen!

»Sünden des Systems«

In einem Artikel des Düsseldorfer Gauwalters der Deutschen Arbeitsfront, der von der nationalsozialistischen Presse seines Bezirkes und den Blättern der Arbeitsfront nachgedruckt wird, geht es dem »System« wieder einmal recht übel. Dieser Pg. Bangert schreibt u. a.:

»Durch die Sünden des unfähigen schwarzen und roten Systems, gesteigert noch durch die verständnislose Einstellung des ehemaligen liberalistischen Geistes der Wirtschaft, hat man nicht an die Heranziehung eines guten Nachwuchses von Facharbeitern gedacht. Das Amt für Arbeitsführung und Berufserziehung in der DAF hat daher seine vorrangigste Aufgabe darin zu sehen, für eine beschleunigte Ausbildung von Facharbeitern Sorge zu tragen. Die Erfolge, die wir erzielt haben, spornen zu immer weiterer Arbeit an.«

Die gute Qualitätsarbeit, die den deutschen Waren im Ausland mit Erfolg Bahn brechen half, ist von Facharbeitern geleistet worden, an deren Ausbildung die DAF nicht den geringsten Anteil hatte, um so mehr aber die deutschen Gewerkschaften mit ihren ausgezeichneten Fortbildungseinrichtungen! Für die Erfolge, deren sich der Gauwalter für die Arbeitsfront rühmt, mögen als Beleg die Ergebnisse aus dem letzten Reichsberufswettkampf angeführt werden, die das Amt für Arbeitsführung und Berufserziehung in Wiesbaden veröffentlicht. Danach mußten von den am Wettkampf teilnehmenden 143 männlichen Kaufmannslehrlingen und Junggehilfen mit der Note Ungenügend bewertet werden in »Deutsch« 52,4%, in »Rechnen« 34,3%, in »Situationsaufgaben« 51,1%, in »Fachaufgaben« 53,2%. Von den teilnehmenden Büro- und Behördenangestellten versagten in »Deutsch« 68,8%, in »Rechnen« 38%, in »Fachaufgaben« 56,2%.

Dieses Ergebnis des Reichsberufswettkampfes ist sicher keine Einzelercheinung. Es läßt den Erfolg der nationalsozialistischen Arbeits- und Berufserziehung in einem anderen Lichte erscheinen, als dieser Gauwalter vorapiegeln möchte. Das Ergebnis ist eine außerordentlich scharfe Verurteilung des nationalsozialistischen Systems. Jahrelang hat

die NSDAP in der SA, SS und anderen Formationen die jungen Menschen nur im Randalieren und in Gewalttätigkeiten ausgebildet. Noch nach der Machtergreifung wurden sie durch fortgesetzten Dienst von der Arbeit ferngehalten.

Von dieser Sünde des braunen Systems will freilich der Gauwalter nichts wissen.

Es fehlt an Freiwilligen

Die Nationalsozialisten hatten nach der Aufrichtung ihrer Diktatur den Plan, in die Vorbereitung der Militarisierung der Jugend auch die Mädchen einzubeziehen. Ähnlich dem Freiwilligen Arbeitsdienst der männlichen Jugend sollte ein Frauenarbeitsdienst zur Einführung kommen. Jetzt wird in der nationalsozialistischen Presse mitgeteilt, daß die Durchführung des Frauenarbeitsdienstes in gesetzlicher Form nicht vor dem Herbst 1937 erfolgen werde. Es wird auch der Zweck erklärt, weswegen diese Mitteilung erfolgt. Durch sie soll nämlich die Ablehnung der Einberufung zur Landhilfe oder der Arbeitsvermittlung in die Landwirtschaft zurückgewiesen werden.

Daraus ist also zu schließen, daß die arbeitenden Mädchen in Deutschland sich nicht nur nicht freiwillig zur Landhilfe melden, sondern auch ihrer zwangsweisen Einberufung Widerstand leisten.

Daß es dem Frauenarbeitsdienst, der zur Zeit auf sogenannter freiwilliger Grundlage zur Durchführung kommt, tatsächlich an dienstwilligen Mädchen fehlt, geht noch aus dem Eingeständnis hervor, daß bisher nicht einmal die nur auf einige Wochen Dauer berechnete Schulung in den Sammelagern zur Durchführung gebracht werden konnte. Und zwar deshalb nicht, weil, wie es in der »Sozialen Praxis« in einem Kommentar der oben erwähnten Mitteilung heißt, »der Einsatzbedarf stets viel größer war als die Zahl der Freiwilligen, die man nach Maßgabe der vorhandenen Geldmittel einberufen konnte.«

Bis zum Herbst 1937 hoffen die Nationalsozialisten offenbar mehr Geldmittel zur Verfügung zu haben, um dann mit Zwangsmaßnahmen die arbeitenden Mädchen in die Sammellager des Arbeitsdienstes treiben zu können.

Das Geheimnis der Inseratenplantage

Das »Haßlocher Tagblatt« war dem Geschäftsführer der »Nationalsozialistischen Rheinfront« schon lange ein Dorn im Auge. Das »Haßlocher Tagblatt« schnappte der »N.S.-Rheinfront« so manches gute Inserat weg, und zu allem Unglück war das »Haßlocher Tagblatt« nach dem »Umbruch« so nationalsozialistisch geworden, daß man es nicht einmal als »staatsfeindliche« denunzieren konnte.

Als der Geschäftsführer sah, daß die Inseratenmiserie zu- und nicht abnahm, ließ er seinen Chefredakteur aufs ganze gehen.

Anders Tags erschien in der »N.S.-Rheinfront« ein von leidenschaftlichen Anklagen gegen das »Haßlocher Tagblatt« erfüllter Brandartikel. In ihm wurde dem Verleger Adolph der Vorwurf gemacht, daß er früher eine Neigung zum Separatismus gezeigt habe. Jedenfalls sei seine mangelnde Festigkeit separatistischen Tendenzen gegenüber erwiesen. Im übrigen beschäftigte er einen »nachweisbaren« getauften Juden mit der Redigierung seines Blattes. Die Bombe, gut vorbereitet, hatte die befohlene Wirkung. Der spontane Volkszorn, zum Pflichtappell befohlen, entzündete sich. Es fanden elementare Volkshuldgebungen gegen den Verleger statt, die die Polizei veranlaßten, aus der eindeutigen Stimmung der Bevölkerung die Konsequenzen zu ziehen. Adolph wurde in »Schutzhaft« genommen, sein Betrieb aber polizeilich geschlossen und die Zeitung eingestellt. Der Geschäftsführer der »N.S.-Rheinfront« aber reibt sich die Hände. Denn die Inseraten des Haßlocher Bezirkes haben zum Inserieren nur noch eine Möglichkeit — den Weg zu ihm!

Das deutsche Largo

»Der Aufstieg begründet 1931, herausgegeben von Anton Bock, Verlagsnachrichten des Hauses Ed. Bote & G. Bock, Berlin,« schenkt uns in seiner Nr. 11 einen Aufsatz »Erlebte Märsche (wie der »Deutsche Föhn« und das »Deutsche Largo« entstanden)«. Wir erfahren daraus, daß der Dr. Ernst Hanfstaengl, der Auslandspresseschef der NSDAP, »auch einer der kraftvollsten Schöpfer nationalsozialistischer Marschmusik ist. Seine Märsche, an der Spitze »Deutscher Föhn«... gehören zu den beliebtesten Marschmusikern des Führers und der Bewegung. Der »Deutsche Föhn« — so erzählt Dr. Hanfstaengl — ist ihm im Vorfühling 1923 frühmorgens in einem Schwabinger Notquartier im Bett eingefallen. Später hat er den Marsch instrumentiert, der von Obermusikmeister Schifferl... — Genug! — »Auch das »Deutsche Largo« ist, wie alle Kompositionen Hanfstaengls, in der Kampfzeit der Bewegung entstanden... Ursprünglich hieß das »Deutsche Largo« »Tränen im Schnee«... heute ist das »Deutsche Largo« die offizielle Trauermusik der NSDAP geworden.«

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.